



Ausschuss für Schule und Bildung

29. Sitzung (öffentlich)

7. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug, Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/3300	
Ergänzung der Landesregierung Drucksache 17/4100	
Erläuterungsband Einzelplan 05 Vorlage 17/1086	
Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 05 Vorlage 17/1287	

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 05
Vorlage 17/1217

Der Ausschuss stimmt über die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge ab. Die Ergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus der Vorlage 17/1372.

Sodann stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 05 in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD zu.

2 Engpässe beseitigen – Land muss Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ einräumen 35

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2163

Der Ausschuss beschließt, kein Votum zu dem Antrag abzugeben.

3 Fachkraftoffensive in NRW starten! Qualität in der frühkindlichen Bildung steigern! 36

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2549

Ausschussprotokoll 17/367

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD ab.

4 Die Landesregierung muss die Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben! 39

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3011

– Aussprache. 39

5 Die berufliche Bildung fit für die Zukunft machen – Berufskollegs regional weiterentwickeln 41

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3806

Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

6 Digitalisierung im Bildungsprozess konstruktiv und bildungsfördernd gestalten – gegen den Missbrauch der schulischen Digitalisierung als „trojanisches Pferd“ für die Durchsetzung wirtschaftlicher und ideologischer Interessen 43

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3802 – Neudruck

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

7 Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten – Einführung eines Programms „Fit4Return / Heimat mit Zukunft – Vom Geflüchteten zum Aufbauhelfer“ 44

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3021 – Neudruck

Der Ausschuss beschließt, sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung im federführenden Integrationsausschuss zu beteiligen.

8 Modellprojekt Regionale Bildungszentren 45

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1311

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben, um den vom Ministerium zugesagten ergänzenden Bericht mit berücksichtigen zu können.

9 Elternfinanzierung von Ersatzschulen 46

Bericht der Landesregierung

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) berichtet.

10 Verschiedenes 49

Beschluss über die Durchführung einer Ausschussreise

Der Ausschuss beschließt einstimmig, im Zeitraum vom 3. bis 7. Juni 2019 eine Delegationsreise nach Vancouver in British Columbia in Kanada durchzuführen. Als Themen sind vorgesehen: Integration von Einwanderern und Flüchtlingen, Inklusion an Schulen, Digitalisierung an Schulen, Lehrerausbildung und -fortbildung zu den genannten Themen.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzende Kirstin Korte** Frau Ministerin Gebauer, Staatssekretär Richter und die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien, die Ausschussmitglieder und die anwesenden Gäste, den Sitzungsdokumentarischen Dienst und Frau Arnoldy.

Des Weiteren gratuliert sie Herrn Seifen nachträglich zum Geburtstag. Sie beglückwünsche ihn und wünsche ihm alles Gute für das neue Lebensjahr, vor allem Gesundheit.

(Allgemeiner Beifall)

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 17/4100

Erläuterungsband
Einzelplan 05
Vorlage 17/1086

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 05
Vorlage 17/1287

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 05
Vorlage 17/1217

Vorsitzende Kirstin Korte hält fest, die plenare Überweisung des Gesetzentwurfes sei am 19.09. erfolgt. Eine Ergänzung der Landesregierung zum Gesetzentwurf liege mit Drucksache 17/4100 vor. Heute finde die abschließende Beratung des Einzelplans 05 statt.

Wie in den Vorjahren praktiziert, hätten die Damen und Herren Abgeordneten ergänzende Fragen, die in der vergangenen Sitzung nicht gestellt worden seien, schriftlich einreichen können. Das sei auch geschehen. Das Ministerium habe die Fragen beantwortet – vgl. Vorlage 17/1287. Sie frage, ob es Ergänzungswünsche gebe.

Sigrid Beer (GRÜNE) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen, habe aber noch ein paar Nachfragen, die sich aus den Antworten ergeben hätten. Sie wüsste gerne, was es mit dem Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung auf sich habe. In der Antwort werde ausgeführt, dass ein Teil ins Wissenschaftsministerium verlagert worden sei. Sie habe nachgeschaut, ob sie da angekommen seien. Man habe feststellen müssen, dass die angegebenen 1.457.600 Euro gar nicht im Haushalt des Einzelplans 06 auftauchten. Sie wüsste gerne, wo die Mittel verblieben seien.

Die Antwort zu der Frage „Förderung im offenen Ganztage“ habe sie sehr verwundert, insbesondere was die Fördersätze für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und anderen herausgehobenen Förderbedarfen angehe. Es sei zu lesen, dass die 14 % Erhöhung genau auf diese Gruppe nicht angewandt worden sei, damit die Schere nicht so auseinandergehe. Sie frage, ob die Förderbedarfe bei diesen Kindern bisher zu üppig gemessen gewesen seien, ob sie sicher reduziert hätten, warum da eine Schere geschlossen werden müsse, welche Förderbedarfe überhaupt noch gesehen würden.

Auf die Frage, wie die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dem Haushalt dargestellt würden, sei erläutert worden, dass die Stellen sowohl mit Menschen im Beamtenverhältnis oder Tarifbeschäftigten wahrgenommen werden könnten. Das werde nicht extra ausgewiesen. Allerdings finde man im Haushalt auf Seite 163 2.850 Stellen im Grundschulkapitel. Die würden da dezidiert beschrieben. Sie frage, warum das in den anderen Kapiteln nicht folgerichtig genauso der Fall sei.

Nach den wolkenreichen Ausführungen zum Thema „Kapitalisierung“ habe sie eine Frage. Der Begriff werde so verwendet, wie er hinterher auf Seite 17 im Haushalt definiert werde. Sie wüsste gerne, wie man es halten wolle. Gleich werde es auch einen Haushaltsantrag geben, man werde darüber reden, ob grundsätzlich in den Schulen so schnell wie möglich eine Kapitalisierung der Stellen ermöglicht werde. Denn es sei eine Sparkasse für den Finanzminister, wenn die Stellen nicht besetzt werden könnten. Die Frage sei nicht beantwortet worden, wo die globale Minderausgabe dann insgesamt hergenommen werden solle. Es sei im Dunkeln geblieben, an welchen Stellen man das erwirtschaften wolle.

Zum Schluss habe sie eine Nachfrage. In Frage 19 sei es um die Formel des gemeinsamen Lernens gegangen, welche sonderpädagogischen Bedarfe in den 0,5 Stellen abgebildet würden. Sie verstehe die Antwort so, es gebe keine Extrabudgets mehr für KM, GE, Sinnesgeschädigte, das sei alles innerhalb dieser 0,5 Stellen als Bedarfe implizit dargestellt. Sie bitte um Stellungnahme.

Ministerialdirigent Christoph Gusovius (Ministerium für Schule und Bildung)

kommt zunächst auf die globale Minderausgabe zu sprechen. Sie würden nicht bei den Flexibilisierungsmitteln erwirtschaftet. Diese Antwort stehe auch in der Vorlage. Anders als bei der Vorgängerregierung werde man das dort nicht tun. Wo man konkret die globale Minderausgabe erwirtschaftete, könne sich erst im Haushaltsvollzug darstellen, weil sich im Haushaltsvollzug die Frage der Bewirtschaftung zeige, wie die Mittelabflüsse jeweils sein würden. Deswegen könne man heute wie auch in den früheren Jahren keine konkrete Aussage dazu geben, an welchen konkreten Haushaltspositionen die globale Minderausgabe erwirtschaftet werde.

Zu der Frage der Tarifbeschäftigten werde Frau Michels gleich noch etwas sagen. Bei der Frage, wo das Geld im MKW ankomme oder nicht, gehe es auch um eine Bewirtschaftungsfrage. Die werde Frau Michels ebenfalls beantworten.

Ministerialrätin Nicole Michels (Ministerium für Schule und Bildung)

führt aus, Frau Beer habe nach der Titelgruppe 81 und nach den Mitteln gefragt, die in das MKW übergängen. Das sei eine Regelung, die seit Jahren in der Bewirtschaftung getroffen werde. Das heiße, man bekomme für das gesamte Land 4,8 Millionen Euro. In der Bewirtschaftung gehe der Anteil an das MKW, werde auch dort verausgabt, aber auf der Haushaltsstelle des Schulministeriums. Wenn man sich die Ist-Ausgaben angucke, so werde das Ganze komplett im Einzelplan 05 nachgewiesen, aber die Projekte würden trotzdem beim MKW finanziert. Das sei von Anfang an so geregelt worden, weil man gegenüber dem Bund als eine Stelle den Nachweis führen müsse. Das sei der Grund. Das Land sei verpflichtet, eine Verwendungsnachweisvorlage gegenüber dem

Bund zu machen. Die erfolge federführend durch das Schulministerium. In der Bewirtschaftung werde jedes Jahr das Geld an das MKW weitergegeben, solange es die Mittel vom Bund gebe.

Die zweite Frage betreffe die Tarifbeschäftigten im Grundschulkapitel. In der Tat seien 2.650 Stellen dort ausgewiesen, davon seien 1.100 Stellen für tarifbeschäftigte Lehrkräfte. Das sei ein Überbleibsel aus früheren Zeiten. Da habe sich in den vergangenen Jahren an der Stelle nichts verändert. Man habe in der Vergangenheit auch in anderen Kapiteln noch Tarifstellen für Lehrkräfte zum Beispiel im Hauptschulkapitel gehabt. Die seien sukzessive abgebaut worden. Dabei habe man sich immer an der Besetzung mit Tarifbeschäftigten orientiert. Da man immer noch im Grundschulkapitel relativ viele tarifbeschäftigte Lehrkräfte habe, habe man das noch nicht gemacht. Das gucke man sich jedes Jahr bei der Haushaltsaufstellung wieder an. Die verbleibenden Stellen seien Tarifstellen für Fachkräfte in der flexiblen Schuleingangsphase, die mit dem Haushalt 2018/2019 erheblich erhöht worden seien. Das sei der Großteil der Stellen.

Die **Ministerin für Schule und Bildung, Yvonne Gebauer**, hält fest, es sei Bezug genommen worden auf die Frage 9 hinsichtlich der Schülerinnen und Schüler ohne Förderbedarf, die nicht zum Zuge gekommen seien. In diesem Zusammenhang sei die Formulierung vielleicht ein wenig unglücklich. Es gehe nicht darum, die Schere weiter auseinandergehen zu lassen. Man habe sich entschieden, in diesem Zusammenhang in einem weiteren Maßnahmenpaket, das im Bereich Inklusion folgen müsse – man habe einiges auf den Weg gebracht, das sei nicht vollständig –, in einem nächsten Schritt die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarfen zu berücksichtigen.

Sigrid Beer (GRÜNE) hebt hervor, die Frage, was die Abbildung der sonderpädagogischen Bedarfe mit 0,5 angehe, sei noch nicht beantwortet. Sie frage, ob es noch zusätzliche Stellen für KM, GE gebe oder ob das alles in dem Paket sei. Sie bitte um eine Übersicht der Tarifbeschäftigten in den einzelnen Kapiteln, damit sie es nachvollziehen könne, auch wenn gesagt werde, die Zahlen nähmen immer weiter ab. Ihr sei immer noch nicht plausibel, warum das nicht als Einnahme beim Wirtschaftsministerium erscheine, selbst wenn es abgerechnet und verteilt werde und die gesamte Planung über das MSB laufe. Sie frage, welche Gründe es dafür gebe, dass diese Mittel nicht hätten ausgeschöpft werden können.

MDgt Christoph Gusovius (MSB) antwortet, da man nur die Projekte fördern könne, die im Ministerium vorhanden und angemeldet seien, gebe es manchmal einen Verlauf in der Zeitschiene, dass der Mittelabfluss größer oder geringer sei. Das habe nichts damit zu tun, dass man die Mittel nicht zur Bewirtschaftung freigebe. Es komme darauf an, welche Projekte tatsächlich in der Förderung enthalten seien.

Eine kleine sprachliche Berichtigung: Die gesamte Planung werde nicht durch das MSB gemacht, sondern man gebe das Geld in der Bewirtschaftung an das MKW weiter. Und die Planung für diese Mittel erfolge im MKW.

Auf die Frage von **Sigrid Beer (GRÜNE)**, welche Förderbedarfe bei der 0,5 abgebildet seien, antwortet **MDgt Christoph Gusovius (MSB)**, alle Förderbedarfe seien in dieser Formel abgebildet.

Vorsitzende Kirstin Korte hält fest, es sei signalisiert worden, dass man jetzt in die Aussprache einsteigen könne.

Jochen Ott (SPD) führt aus, in der letzten Sitzung habe die Ministerin den Haushalt vorgestellt. Was den Schulbereich angehe, so erkenne er an, dass der Versuch unternommen werde, an der einen oder anderen Stelle auf die Herausforderungen zu reagieren. Allerdings komme seine Fraktion zu dem Ergebnis, dass die Lösungen an vielen Stellen nicht zu Ende gedacht seien und das Gegenteil dessen bewirkten, was man eigentlich mit den Maßnahmen bezwecke.

Er wolle einige Beispiele nennen, zunächst zum Thema „Talentschulen“. Die Grundidee sei nicht falsch. Das, was in dem Gutachten, das die FDP-Fraktion in Auftrag gegeben habe, beschrieben sei, sei nachvollziehbar. Das Problem sei, dass das, was darin stehe, seit vielen Jahren bekannt sei. Man habe in dem Fall kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Dieses Umsetzungsproblem löse man nicht dadurch, dass man noch einmal so tue, als ob man erst Erkenntnisse über ein Modellprojekt für die nächsten Jahre gewinnen müsse. Das löse man dadurch, dass man konsequent einen Sozialindex einführe, der Ungleiches ungleich behandle und der Schulen in besonderen Situationen genau das zur Verfügung stelle, was man sinnvollerweise den Talentschulen auch zur Verfügung stellen wolle. Im Moment gehe es an 1 % der Schulen. Das sei für alle anderen, die ebenfalls in einer ähnlichen Situation seien, ein Schlag in den Nacken, weil sie sähen, wenn sie jetzt nicht bei den 60 dabei seien, dass sie im Grunde genommen weitere Jahre warten müssten, bis dann ein Modellprojekt erprobt, für gut befunden und umgesetzt werde. Es sei mehr ein Feigenblatt und helfe nicht weiter. Ein konsequenter Einstieg in einen Sozialindex wäre der richtige Weg gewesen.

Das Thema der Lehrerstellen und der Versorgung der Schulformen und der einzelnen Schulen sei hochinteressant. Nach einem Jahr zeige sich, dass das, was CDU und FDP in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hätten, was in Wahlkämpfen immer wieder behauptet worden sei, dass die Benachteiligung des Gymnasiums beendet werden müsse, nicht umgesetzt worden sei. Wenn es eine Schulform gegeben habe, die Rot-Grün gefördert habe, sei es das Gymnasium gewesen. Wenn man sich die Zahlen anschauere, sei das Gymnasium die einzige Schulform, die eine annähernde Vollversorgung von 100 % habe.

Wenn man sich andere Schulformen anschauere, dann müsse man erhebliche Unterschiede feststellen, insbesondere bei den Grundschulen, bei den Berufsschulen, aber auch bei den anderen Schulformen. Insofern sei die spannende Frage, mit welchen Strategien man dagegen vorgehe, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur Stellen zur Verfügung gestellt bekämen, sondern tatsächlich auch Lehrkräfte auf diesen Stellen unterrichteten. Insofern sei es vernünftig, darüber nachzudenken, wie man den Lehrermangel beheben könne. Da habe Schwarz-Gelb den einen oder anderen Schritt

gemacht, den er mitgehen könne. Allerdings seien die wegweisenden und notwendigen Entscheidungen, was den Bereich der Besoldungsanpassung angehe, nicht erfolgt. Es sei vollkommen klar, dass bei einer gleichen Ausbildung viele junge Menschen guckten, was am Ende dabei herauskomme. Die Landesregierung selbst habe festgestellt, dass es einen Großteil an Lehrern im Sekundarstufen-II-Bereich gebe, während man in anderen Bereichen Defizite habe. Das Umsteuern könne nur gelingen, wenn die Bezahlung endlich angepasst werde.

Man erlebe bei den Berufsschulen ebenfalls, dass eine Attraktivierung zwingend nötig sei, weil es in diesem Bereich zum Beispiel zu massiven Problemen komme. Einige Ideen seien geboren. Da, wo es notwendig sei, gebe es keine Antwort. Fakt sei, die Gymnasien seien nicht diejenigen, die konsequent benachteiligt worden seien, sondern die Gymnasien seien diejenigen, die gut, aber auch nicht alle gut ausgestattet seien. Da, wo das nicht der Fall sei, brauche es eines besseren Managements. Wenn man die Unterrichtsversorgung insbesondere in Ostwestfalen mit dem Rest des Landes vergleiche, dann stelle sich die Frage, was die spezifischen Bedingungen seien, dass in Lippe, wo eigentlich die Sparsamsten wohnten, eine 150%-Versorgung statfinde. Das sei schon bemerkenswert. Wie das zusammenhänge, müsse man ihm einmal erklären. Die Frage, wieso das ausgerechnet in Lippe so hoch sei, sei spannend.

Am Ende gehe es um die Frage eines guten Managements bei den Lehrerinnen und Lehrern und den Stellen, um zu schauen, dass die größten Härten in dieser Krise beseitigt würden. Das bedeute, dass die Ausweitung der Studienplätze im Bereich Wissenschaft massiv stattfinden müsse. Ansonsten werde man das Problem nicht lösen können. Da reichten auch wenige Studienplätze mehr, die bisher vorgesehen seien, schlicht nicht aus.

Das nächste Thema sei das Thema „Inklusion“. Die Ministerin habe in ihrer Zeit in der Opposition darauf hingewiesen, dass sich das Regierungshandeln an der Realität messen lassen müsse. Sie habe zu Recht festgestellt, dass am Ende die Realität nicht beachtet worden sei. Er habe die Hoffnung gehabt, dass es aus dieser Erfahrung heraus dann auch zielführenden Veränderungen komme. Ehrlich gesagt, setze die Ministerin den Weg nur fort. Zahlenspiele, die auf dem Papier gut seien, die auch richtig seien, die keiner kritisieren könne, sorgten am Ende nicht für eine Versorgung, sondern sie lösten im Grunde genommen nachher noch mehr Frustration aus.

Ein Vertreter des Ministeriums habe bei Vorstellung des Schlüssels von 25:3:1,5 deutlich gemacht, dass das erst einmal der gewünschte Schlüssel sei, dass letztendlich die Schulträger, wenn sie Probleme hätten, die Kinder mit Schulraum zu versorgen, aufstocken könnten. Das bedeute in angespannten Märkten, in angespannten Situationen mit vielen Schulkindern, dass es gar keine Möglichkeit gebe abzusenken. Dann könne man natürlich sagen, das seien die jeweiligen Kommunen schuld. Das helfe nicht weiter, weil die Eltern und Lehrer erleben würden, dass eine Umsetzung nicht funktioniere. Wenn man gleichzeitig feststelle, dass das Personal nicht da sei, um diese Stellen zu besetzen, dann habe man zwar auf dem Papier wieder ein schönes Zahlenspiel aufgeschrieben, aber in der Realität ändere sich nichts. Er glaube, die Realität müsse im Moment in den Blick genommen werden. Insbesondere die Schulen mit den schwierigsten Bedingungen, die mit der schwierigsten Situation bräuchten Erleichterung und

Unterstützung. Da komme einfach zu wenig. Man habe gerade über das Thema „Offener Ganztag“ gesprochen. Insofern sei das Symbol schwierig. Schwarz-Gelb sage, man lege drauf bei dem Ganztag, was er für richtig halte und ausdrücklich begrüße, wie er im Übrigen hier für die SPD mehrfach erklärt habe, dass die SPD-Fraktion auch die Ausweitung der Stellen für Sonderpädagogen für richtig und vernünftig halte. Das sei eine gute Lösung. Aber dann dürfe man im Bereich des Offenen Ganztags für Kinder mit Handicap nicht sagen, sie bekämen die Erhöhung nicht. Das sei falsch. Seine Fraktion habe einen Änderungsantrag eingebracht. Wenn man das erhöhe, müsse das für alle Kinder gelten und dann dürfe da kein Unterschied gemacht werden. Beim Thema „Inklusion“ sei das „weiße Salbe“, eine Lösung sei nicht erkennbar.

Über LOGINEO habe der Ausschuss mehrfach diskutiert. Es gehe weit über LOGINEO als Projekt hinaus. Wenn man sich selbst auf die Fahnen schreibe, dass Digitalisierung das Top-Thema sei und der Parteivorsitzende es quasi jeden Tag von morgens bis abends poste, dann müsse man sich die Frage stellen, wie ambitioniert man vorgehe. Er habe zumindest Bedenken, dass die notwendige Ernsthaftigkeit hinter diesem Projekt fehle, dass die Ausstattung und die offene Frage, wie die Schulen überhaupt ans Breitband, an Netze angeschlossen seien, leider nicht in der nötigen Geschwindigkeit vorangetrieben würden.

Seine Fraktion habe darüber hinaus einen Antrag eingebracht, bei dem er sich freue, dass CDU und FDP vor der Sitzung den wortgleichen Antrag auch eingebracht hätten. Darüber freue er sich ausdrücklich, weil er in der Tat glaube, dass die demokratischen Parteien angesichts der Ereignisse der letzten Monate ein gemeinsames Interesse daran haben müssten, politische Bildung zu stärken, wobei insbesondere diejenigen, die in Schulen versuchten, Gedenkstätten zu besuchen, sich mit Geschichte zu beschäftigen, Ausflüge zu machen, nicht an ein paar Euro scheitern dürften. Er bedanke sich im Namen seiner Kolleginnen und Kollegen, dass man da scheinbar eine gemeinsame Vorgehensweise heute beschließen könne. Es sei ein gutes Signal, unabhängig aller Streitereien, des demokratisch notwendigen Streits um den besten Weg für dieses Land, dass man bei so grundlegenden Fragen zur Sicherung der Demokratie an einer Seite stehe. Das sei sehr schön.

Er glaube, dass die Herausforderungen im Moment in NRW so seien, dass insbesondere im Bildungsbereich die Menschen nicht mehr unterschieden zwischen den einzelnen Ebenen. Sie wollten Lösungen, die der Staat auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene auch anbieten könne. Die SPD-Fraktion biete weiter an, bei den großen Fragen auch der Lehrerversorgung, da, wo es möglich sei, zusammenzuarbeiten.

Bei allen Fragen rund um die berufliche Bildung würde er sich wünschen, dass wie in der Vergangenheit, in der die Tarifparteien eine große Rolle gespielt hätten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder zu einer gemeinsamen Vorgehensweise an der Stelle kämen. Das biete er hier ausdrücklich an. Was aber die Umsetzung – er habe vier Beispiele genannt – angehe, glaube er, dass man sich bemüht habe, aber dass aus Sicht der SPD-Fraktion das Ziel nicht habe erreicht werden können.

Sigrid Beer (GRÜNE) hebt hervor, sie habe sich gefreut, dass der Mittelaufwuchs wesentlich deutlicher sei, als das im letzten Jahr der Fall gewesen sei. Trotzdem müsse

man über die Steuerung der Mittel und die Frage, was in welche Initiative hineingegossen werde, unterhalten. Das betreffe zum Beispiel die OGS. Sie denke, dass es wesentlich besser wäre, hier strukturbildend vorzugehen. Wenn Frau Ministerin über die Frage von Qualitätsstandards rede, dann sollte man, was die Gleichheit der Lebensverhältnisse und die gesicherten Verhältnisse in der OGS angehe, die Lehre daraus ziehen, wie das unterschiedliche Verhalten der Kommunen in der Frage sei. Da sollte man sicherstellen, dass Mittel nicht in die Haushalte hineinfließen, um das zu kompensieren.

Sie schlage vor, diese Mittel in Personalressource zu binden, das heiÙe pro OGS-Gruppe anteilig Erzieherinnenstellen zur Verfügung zu stellen, damit strukturell etwas passiere. Sonst werde man wieder in der Fläche und in der Vielfalt von Nordrhein-Westfalen in diesen Diskussionen vor Ort stecken, ob etwas kompensiert werde und ob einzelne Schulträger sich aus dieser Verantwortung herauszögen und Mittel wieder kassierten.

Was sie nicht nachvollziehen könne, sei der unterschiedliche Anhebungssatz mit den 14 %, der bei den Kindern mit besonderem Förderbedarf zusammengestrichen worden sei. Es reiche nicht aus zu sagen, da komme hinterher etwas. Es sei ein fatales Signal an die Grundschulen, dass die Fördersätze hier nicht weiterentwickelt werden sollten. Auch da gelte, bitte lieber in die Strukturmaßnahmen zu investieren, damit man stärker auf eine Gleichheit der Lebensverhältnisse zusteure. Man wolle ja Lehren und Konsequenzen ziehen, Revue passieren lassen und evaluieren. Nach der Regierungszeit von Rot-Grün werde sehr deutlich, dass das in strukturbildende Maßnahmen hineingegeben werden müsse, dass man genau diesen Auseinandersetzungen mit den Kommunen etwas entgegenhalten müsse.

Das Thema „Talentschulen“: Für die Stärkung des Sozialindex seien Mittel vorgesehen gewesen. Man habe all das und viel mehr Stellen, insgesamt 7.000, hineingegeben, um die Kinder beschulen zu können, die hier hingekommen seien. Der nächste Schritt müsste ein ausgeweiteter Sozialindex sein. Es könne nicht sein, dass die Schulen in besonders herausfordernden Lagen, wo man Stadtentwicklung, Schule, Sozialentwicklung alles zusammendenken müssen, dann in einen Wettbewerb gegeneinandergestellt würden, um dann wenige Schulen mit einer Ausstattung zu unterstützen.

Sie verstehe auch nicht, warum man sechs Jahre noch evaluieren solle oder nach sechs Jahren die Evaluation dann sage, was dann gegebenenfalls zu übertragen sei. Da lägen die Erkenntnisse in der Tat auf dem Tisch. Man müsse in der Fläche wirksam sein. Man kenne Schulträger, die diese 60 Schulen allein von ihren Quartieren her in Anspruch nehmen könnten. Wenn sie sich allein vorstelle, was die Stadt Köln gerne hätte oder wie im Ruhrgebiet die Lage sei nördlich des Bildungsäquators und welche Schulen sich da auf den Weg machten: Wenn man sie zwingt, in eine Konkurrenzsituation untereinander zu kommen – dann dürften sie sechs Jahre warten, ob es vielleicht eine Übertragung des Konzeptes gebe –, das sei nicht zumutbar. Man brauche einen wirksamen Sozialindex und sollte sich gemeinsam darum bemühen. Die Unterstützung ihrer Fraktion sichere sie zu, um das umzusetzen.

Das andere sei die Besoldungsperspektive. Für das Haushaltsjahr sei nichts zu erwarten. Was dann komme, habe die letzten Debatten um den Gesetzentwurf der SPD

auch noch einmal deutlich gemacht. Das sei im Augenblick Vertröstungspolitik. Wie sich das konkret auswirke, sei überhaupt noch nicht abzusehen. Wenn man wolle, dass die Kolleginnen und Kollegen, die im Augenblick als Gymnasiallehrkräfte ausgebildet seien, dauerhaft in der Grundschule verblieben, dann bräuchten sie eine Perspektive. Sie kämen mit der Perspektive, wieder zu gehen, die Grundschulkollegen bemühten sich, sie einzuarbeiten, sie zu unterstützen und wüssten, dass sie in zwei Jahren gegebenenfalls wieder weg seien, weil die Besoldung nicht stimme, das könne es nicht sein. Nicht nur wegen der Gymnasiallehrkräfte, die da jetzt ankämen, sei die Besoldung überfällig, sondern auch wegen des Wertes der Arbeit insgesamt.

Die Grünen seien hartnäckig und hätten jetzt wieder einen Antrag gestellt, der zur Abstimmung vorliege, zum 01.08. den Schritt zu gehen und den Einstieg zu finden. Dem Angebot mit Zeitkontingenten, Stunden, um Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen, gegebenenfalls aus der Teilzeitbeschäftigung zu kommen und eine Stunde aufzustocken, sei man nicht gefolgt, obwohl sie viele Zuschriften aus Grundschulen bekommen habe, die in der Situation gesagt hätten, sie könnten sich vorstellen, das für eine begrenzte Zeit zu machen. Sie nehme auch nicht wahr, dass Schwarz-Gelb in Gesprächen mit den Lehrerverbänden und Gewerkschaften sei. Still ruhe der See. Das könne man sich überhaupt nicht erlauben.

Enttäuscht sei sie von den 45 Schulverwaltungsassistenten im Haushalt. Wenn man wolle, dass das Thema „Entlastung“ vorangetrieben werde, dann brauche man wirkungsvolle Unterstützung vor Ort für die Schulen. Es seien wieder gerade die Grundschulen, die am meisten Unterstützung in diesem Bereich bräuchten. Die Frage Sekretariat, Hausmeisteraufgaben würden von den Schulleitungen häufig noch mit on top gemacht. Sie seien Kommunikationszentrale, machten genau die gleichen Aufgaben bei Stellenbeschreibungen und Ausschreibungen wie die Kollegen weit darüber hinaus. Sie erinnere an den Antrag, der von Schwarz-Gelb in jedem Jahr gestellt worden sei, 300 Stellen zur Verfügung zu stellen, damit das in der Fläche etwas weiter wirken könne.

Bei der Lehrgewinnung seien die Fäden aufgenommen worden, Pensionäre zu gewinnen und ihnen weitere Angebote zu machen, Teilzeitaufstockung. Das alles sei nicht durchschlagend wirksam. Auch im Bereich der Sonderpädagogen werde es noch lange Zeit brauchen, auch was die Ausbildungskapazitäten angehe, die erhöht worden seien. Jetzt seien sie noch einmal erhöht worden. Das sei gut so, aber das nütze den Schulen in der Situation für das kommende Schuljahr nicht. Deswegen sollte man gemeinsam darüber reden, diese Stellen zur Kapitalisierung freizugeben, die jetzt seit geraumer Zeit bei den Schulen leer liefen, damit andere Professionen gerade im Bereich der Schülerinnen und Schüler mit herausforderndem Verhalten gefunden werden könnten. Denn da würden auch die Sozialpädagogen helfen, es helfe die Sozialarbeit in der Schule, um gemeinsam mit den Lehrkräften ein wirksames pädagogisches Netz und pädagogisches Arbeiten hinzubekommen. Es sei die Erwartung, dass das nicht das Sparschwein des Finanzministers sei.

An Herrn Gusovius gewandt, fährt Frau Beer fort, es sei transparent angegeben, im Bereich flexibler Mittel zu kürzen, es sei aber nie dazu gekommen. Das müsste man

auch hinterher sagen. Der Ansatz sei sogar aufgestockt worden. Wenn Stellen hinterher nicht besetzt würden, dann sei das das Sparschwein des Finanzministers, woraus man hauptsächlich die globale Minderausgabe bestreiten könne. Das dürfe eigentlich nicht sein. Die Schulen bräuchten es zur Verwendung vor Ort und zur Ausschreibung, um sich auf die Situation vorzubereiten. Um Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen auf den Stellen, die lange leergelaufen seien, gehöre auch, das Fortbildungsbudget entsprechend einzusetzen. Da könne man sicherlich gezielt steuern, um die Teams zum Thema Inklusion gemeinsam fortzubilden.

Sie habe gestern an einer Tagung in Soest teilgenommen. Sie habe erfahren, dass die Forschungsansätze an den Universitäten Bielefeld bis Wuppertal in diese Richtung gingen, Teams zu schulen im Bereich der Inklusion. Das sollte man von Landesseite her unterstützen. Der Mittelaufwuchs werde begrüßt. Von der Steuerung her müsste einiges anders laufen. Da könne man aus der gemeinsamen Erfahrung schöpfen. Da biete sie die Kooperation an, damit es in diese Richtung laufen könne. Viele andere Punkte seien zu kritisieren. Man müsse es schaffen, in der Besoldungsfrage eine Klärung hinzubekommen. Man dürfe unsinnige Ansätze wie die Talentschulen auch nicht weiterverfolgen.

Frank Rock (CDU) kommt zunächst auf die Vergangenheit zu sprechen. Herr Ott habe gesagt, die alte Regierung habe die Realität nicht beachtet. Das könne er nur unterstützen. Er hätte sich das in den letzten Jahren vielleicht ein bisschen früher gewünscht. Die neue Landesregierung sei 15 Monate im Amt. Man habe 15 Monate versucht, die Bildungspolitik ein Stück in die Hand zu nehmen. Man werde sich weiterhin darüber unterhalten müssen, wie sehr man in die Vergangenheit gucke, wann man die Verantwortung trage. 15 Monate sei schon viel. Trotzdem sei man immer noch dabei, die Dinge von damals aufzuarbeiten. Das sei die Aufgabe.

Als schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion habe er in den letzten 15 Monaten viele Gespräche mit Fachleuten geführt. Er habe leider keinen Einzigen gefunden, der die Bildungspolitik der Vorgängerregierung in irgendeiner Hinsicht verteidige oder für gut gehalten habe, geschweige denn, dass er Bürgerinnen und Bürger gefunden habe – sie hätten es mit der Wahl im Jahre 2017 auch gezeigt –, die mit der Bildungspolitik von Rot-Grün zufrieden gewesen seien.

Umso erstaunlicher sei die Beharrlichkeit der politischen Akteure auf der anderen Seite, dies zu verleugnen. Es sei wohl auch die ostwestfälische Beharrlichkeit, Dinge nicht zu erkennen und auch deutlich zu machen, wo es hätte anders laufen müssen. Herr Ott tendiere eher dazu zu sagen, jetzt sei eine neue Zeit. Er habe alles vergessen. Das sei ein Vergessen in der Sache. Mit Blick auf den Rhein-Erft-Kreis weise er darauf hin, dass die Grünen vergessen hätten, dass sie den Hambacher Forst mit entschieden hätten. Die SPD habe vergessen, dass sie für die Bildungspolitik auch verantwortlich gewesen sei. Er wolle die Schwierigkeit der Dinge erläutern.

Er habe bei den Kollegen drei Punkte herausgehört, die die wichtigsten seien, einmal das Thema „Sozialindex“. Diesem Thema müsse man sich stellen, das Thema „Inklusion“ und das Thema „Lehrerbesoldung“ kämen hinzu. Er frage, warum man diese Dinge nicht vorher in Angriff genommen habe.

Er führe ein Bild an. Man sei wie ein Hochseefischer, der versuche, neue Fanggründe zu finden. Die Alten hätten jahrelang gefischt und hätten nichts mehr gefangen. Sie hätten in Gewässern keinen Fisch mehr gefangen. Die NRW-Koalition versuche, neue Gewässer zu suchen. Es sei unheimlich schwierig, sich immer von den Fischern anzuhören, wo die guten Jagdgründe seien, wo man Fische fangen könne, obwohl man dort keinen Fisch gefangen habe. Darum falle es ihm auch schwer, Dinge anzunehmen. Da sei die NRW-Koalition angetreten, etwas zu verändern, und müsse sich nicht immer erklären zu lassen, was früher alles gut gewesen sei.

Er danke ausdrücklich der Ministerin, dem Staatssekretär und dem Haus für die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen des Haushaltsprozesses. Der Arbeitskreis der Union sei noch stärker in den Haushalt eingestiegen. Als Neuling habe man auch Zeit gebraucht, um die Dinge zu erkennen. 2018 sei ein Haushalt mit der schnellen Hand gewesen. Da sei die Kritik vielleicht auch nicht unberechtigt gewesen, dass da zu wenig Aufmaß gewesen sei. Frau Beer habe es angesprochen. Man könne auch deutlich sagen, 2019 sei ein erster Haushalt, bei dem die Landesregierung auch gestalte im Sinne einer neuen Bildungspolitik. Es sei schön, dass Frau Beer auch anerkenne, dass der Aufwuchs entsprechend höher sei.

Beim Thema „Lehrkräftegewinnung“ wolle er zunächst zurückblicken. Es werde immer gesagt, dass man jetzt ein Riesenproblem habe. Die Frage sei die Ursache. Die Ursache liege beim besten Willen nicht bei der Bildungspolitik der letzten 15 Monate, sondern an den Entscheidungen der letzten Jahre. Das betreffe nicht nur die letzten sieben Jahre, sondern eher die letzten 15 Jahre. Da gehe es um die Regierungsarbeit der rot-grünen Koalition. Man habe ohne Ziel und ohne Sinn gearbeitet. Es habe keine Bedarfsanalyse gegeben, es sei für den Gymnasialbereich ausgebildet worden, es sei nicht im sonderpädagogischen Bereich mehr ausgebildet worden, es sei nicht ausreichend für die Grundschule ausgebildet worden. Man stehe jetzt vor dem Scherbenhaufen und müsse den zusammenschieben. Die letzte Bedarfsanalyse sei im Jahre 2009/2010 erfolgt. Das sei eine Katastrophe gewesen. Sieben Jahre lang habe es keine Planung gegeben. In jedem Unternehmen würde der Personalleiter rausfliegen, in der Politik sei das anders. Er wolle seinen Unwillen kundtun, dass die Dinge, die Schwarz-Gelb jetzt aufzuarbeiten habe, die die Ministerin jeden Tag mit Maßnahmenpaketen mache, der alten Regierung geschuldet seien. Das müsse man hier auch sagen. Er wolle es nicht schönreden. Man habe ein großes Problem. Er sei der festen Überzeugung, dass die Landesregierung, die NRW-Koalition nach und nach Maßnahmen ergriffen, um die Situation für die Kolleginnen und Kollegen zu verbessern, nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen, sondern auch für die Schüler in diesem Land.

Nun habe man kw-Vermerke gestrichen. Viele Stellen seien noch von der alten Landesregierung mit kw-Vermerk versehen gewesen. Die neue Landesregierung habe diese Stellen geöffnet, allein 1.800 Stellen im Grundbedarf der Grundschulen, über 200 Stellen im OGS-Bereich und 300 Stellen in multiprofessionellen Teams in den Berufskollegs, das sei sehr breit gefächert. Schwarz-Gelb habe die kw-Vermerke rausgenommen, nicht SPD oder Grüne. Natürlich sehe er in Zukunft da auch noch Handlungsbedarf. Auch daran werde man gehen. Man habe multiprofessionelle Teams in diesem Jahr gefördert und werde auch im nächsten Jahr 557 weitere Stellen im Grund-

schulbereich an multiprofessionellen Teams, an sozialpädagogischen Fachkräften einbringen, weil man merke, dass der Markt auch im Grunde genommen für Lehrer nicht gefüllt sei. Die Schulpsychologie werde gestärkt. Man versuche auch da, etwas zu tun. Natürlich werde von der Opposition immer beklagt, das sei zu wenig. Das sei auch politisches Gehabe. Man habe auch finanzielle Mittel und werde nach und nach versuchen, die Situation zu verbessern.

Er komme zum Thema „Inklusion“: Er habe die leidige Erfahrung gemacht, dass das fast die größte Baustelle sei, nicht weil irgendeiner die Inklusion infrage stelle oder Menschen mit Handicap nicht in einer schulischen Bildung inklusiv beschult werden sollten, sondern weil man in den letzten Jahren gemerkt habe, dass vor allem grüne Ideologie dafür gesorgt habe, dass das Schulsystem kollabiere. Er habe das jeden Tag gespürt und mit vielen Kolleginnen und Kollegen und Schulleitern darüber gesprochen.

Er greife das Bild „der große Fischer“ von eben auf. Man müsse das „Öko-System der Inklusion“ wieder ans Laufen bringen. Die Tatsache, dass sieben Jahre lang Kahlschlag betrieben worden sei, mache die Aufgabe nicht einfacher. Diese Herausforderung nehme man aber gerne an.

Man finde jetzt nicht genügend Lehrer, vollkommen klar. Trotzdem seien weitere 270 Stellen für multiprofessionelle Teams in der Sekundarstufe I eingebracht worden. Man habe das Thema „Grundsätze, Kriterien“ aufgelegt, sodass man im nächsten Jahr über 6.600 weitere Stellen für die Inklusion schaffe, 6.600 weitere Stellen seien für eine bessere Inklusion vorgesehen. Da könne niemand sagen, Schwarz-Gelb wäre gegen Inklusion. Der Schlüssel sei genannt worden: 25:3:0,5. Über den Schlüssel könne man weiter diskutieren. Es wäre vielleicht besser 20:2:1. Man müsse aber schrittweise vorgehen. Die Erfahrung zeige auch aus anderen Bundesländern, dass der Schlüssel ein guter Orientierungspunkt sei. Dass es in der Umsetzung nicht einfacher werde, das glaubten alle. Man sei auf einem Weg. Dass es auf einem Weg auch Probleme gebe, mal stürmische See aufkomme und die eine oder andere Schule diesen Schlüssel nicht erreichen könne, weil die Lehrer nicht da seien, sei klar. Qualitätskriterien seien da. Er bedanke sich bei der Ministerin, dass sie da eine klare Richtung angegeben habe.

Talentschulen: Dieses Thema werde deutlich vorangetrieben. Man dürfe auch nicht verschweigen, dass ein Sozialindex über das ganze Land das Thema „Ressourcenanfrage“ aufbringe. Nun habe man keine Lehrer. Er habe eben versucht zu erklären, woran es liege. Es liege mitnichten an der jetzigen Landesregierung. Man könne natürlich den Sozialindex einbinden, aber habe die Lehrer nicht. Das sei die Politik der Vorgängerregierung. Sie habe immer Inklusionsstellen in den Schulen geschaffen, keiner sei gekommen. Aus dem Grunde habe man den Versuch gestartet und sei der Überzeugung, dass man hier schon einmal gute Arbeit leiste. Er bekomme aus seinem Wahlkreis eine hohe Nachfrage zu dem Thema, weil die Schulen merken würden, dass es da Ressourcen gebe, die sie benötigten. Er glaube, dass das zum Erfolgsmodell werde.

Dem Thema „Sozialindex“ oder eine weitere „Indizierung“ mehr in die sozialen Brennpunkte hinein, dem Dialog stelle man sich weiter. Die Probleme würden größer. Das

habe aber nur sekundär etwas mit den Talentschulen zu tun, weil das eine mit dem anderen nur teilweise etwas zu tun habe.

Er verweise auf die Verbesserung des Stellenanteils bei den Gesamtschulen. Bei den Gesamtschulen sei der Stellenanteil der Sekundarstufe I und II verändert worden, was notwendig gewesen sei. Man habe nämlich nicht nur eine Schulform im Auge, sondern alle. 1 Million Euro mehr sei in die Lehrerfortbildung und die Bks gesetzt worden, 700.000 Euro für die christlichen Bildungswerke. Man investiere auch in Lehrerfortbildung. Das halte er auch für richtig.

Ein weiterer Punkt sei angesprochen worden, das Thema „OGS“. Hier würden weitere 7.500 Plätze geplant. Der Betrag werde um 14 % erhöht. Seit 2017 seien fast 100 Millionen Euro mehr in die offene Ganztagsbetreuung investiert worden. Dass das nur ein erster Schritt beim Thema „Qualitätskriterien“ sein könne, sei klar. Die Ministerin habe deutlich gesagt, dass man an dem Punkt arbeiten wolle.

Den Vorwurf der Nichterhöhung der OGS-Mittel für die Kinder mit Förderbedarf könne er in Teilen sogar teilen. Er gehe das aber ein Stück anders aus der Praxis heraus an. Wenn er sehe, wie der eine oder andere Träger mit dem Anteil der erhöhten Mittel für die Kinder mit Förderbedarf umgegangen sei, stelle er fest, dass die Mittel im Bereich der allgemeinen Umlageausgaben versackt seien. Wenn man da hingucke, müsse man das Thema des erhöhten Förderbedarfes stringenter an Qualitätskriterien binden, sodass die Kinder, die einen Mehrbedarf hätten, den auch 1:1 bekämen, und nicht der Träger der OBS sich des Themas gerne annehme, aber nicht mehr explizit eine weitere Förderung für die Kinder im Auge habe. Die Qualitätskriterien habe die Ministerin angekündigt. Eben sei gesagt worden, es wäre ein fatales Signal, es nicht zu erhöhen. Er halte das Signal für deutlich und klar, dass die Ministerin im Ausschuss gesagt habe, dass das ein weiterer Schritt sein werde, dass man das Thema der Erhöhung der Beiträge im OGS-Bereich für Kinder mit Förderbedarf im Blick habe.

Rot-Grün sei auch schrittweise bei der Besoldung der Schulleiter im Grundschulbereich vorgegangen. Man habe es im Auge gehabt. Jetzt sage man sehr deutlich, man habe die Erhöhung um 14 % geschafft. Man habe auch gesagt, dass das Thema der weiteren Beiträge angenommen werde.

Die NRW-Koalition nehme Verantwortung für die Bildungspolitik im Land wahr. Es seien fast 800 Millionen Euro mehr in diesem Jahr veranschlagt für eine bessere Bildung. Es könne immer mehr sein. Hier würden die richtigen Eckpunkte gesetzt, auch die richtigen Ideen umgesetzt. Um auf das Bild des Fischers zu kommen: Rot-Grün habe in Gewässern gefischt, in denen keine Fische mehr gewesen seien. Schwarz-Gelbe drehe um und suche die Fanggründe, in denen man auch erfolgreich sein werde. Und die Bürgerinnen und Bürger, die Kinder, vor allem die Lehrerinnen und Lehrer würden das auch entsprechend merken.

Helmut Seifen (AfD) legt dar, Herr Rock habe auf die letzten 15 Jahre geblickt, da habe er recht. Denn auch die Vorgängerregierung Schwarz-Gelb, auf die so mancher seine Hoffnung gesetzt habe, habe an der Stelle sehr ungeschickt agiert, wenn er an G 8 denke und daran, dass die Inklusion in dieser Art vorbereitet worden sei. Der

Schulkonsens habe letztlich dazu geführt, dass man im Grunde genommen vor dem kapituliert habe, was dann von Linken und Grünen gekommen sei. Was jetzt im Augenblick laufe, sei trotzdem ein großer Fortschritt. Das habe mit der Rüttgers-Regierung, was Schulpolitik angehe, wenig zu tun. Das begrüße er ausdrücklich, auch die Mittelvermehrung im Schulbereich sei dringend notwendig. Das meine er jetzt nicht polemisch.

Es sei wirklich eine Katastrophe gewesen, was in den letzten sieben Jahren in der Schulpolitik passiert sei. Er sage das hier als normaler Bürger, der Schule gestaltet habe. Es sei eine Katastrophe gewesen. Das habe man überall hören können, von allen Kollegen, egal, welche Farbe sie gewählt hätten. Insofern sei er froh, dass versucht werde, die größten Missfälligkeiten zu beseitigen. Nichtsdestotrotz sei er der Meinung, dass die Mittel nicht immer glücklich eingesetzt würden, nicht so gesteuert würden, wie sich seine Fraktion das wünsche. Möglicherweise treffe man sich da vielleicht sogar mit den Grünen, gerade, wenn er bedenke, dass an einigen Stellen voreilig zu viel Geld euphorisch ausgegeben werde, an anderen Stellen Geld ausgegeben werde, obwohl es vielleicht nicht nötig sei, also der falsche Weg beschritten werde.

Die neue Landesregierung habe sich die Digitalisierung auf die Fahnen geschrieben, da müsse „reingeknallt“ werden. Bei der Medienberatung sei unglaublich erhöht worden. Seine Fraktion sei der Meinung, dass die Lehrer ja nicht bei null anfangen. In den Schulen sei in den letzten 20 Jahren sehr viel gelaufen. Die Kollegen seien nicht hinterm Mond. In den letzten Jahrzehnten seien Fortbildungen gemacht worden. Die Kollegen seien auf dem neusten Stand, was die digitalen Medien angehe, was die elektronische Tafel angehe. Das sei alles schon gelaufen. Insofern sei seine Fraktion der Meinung, dass der Fortbildungsetat im Bereich Medienberatung bestehen müsse. Aber da werde viel zu hoch gegriffen. Da könne man reduzieren, wie der Antrag der AfD das auch sage.

An anderer Stelle werde ein Wasserkopf angelegt, bei QUA-LiS in Soest seien viele Lehrerstellen gebunden. Der eine oder andere sollte besser in die Schule gehen und dort unterrichten. Da wäre er an sinnvoller Stelle, anstatt in Soest im Institut zu sitzen und Dinge zu planen, die man möglicherweise nicht umsetzen könne oder die die Lehrerkollegien wieder beschäftigten, irgendwelche Pläne auszuarbeiten, mit denen sie sich nachmittags beschäftigten. Da könne man wirklich reduzieren. Wenn man dann die Qualitätsanalyse – das schlage die AfD vor – wieder zurückdelegiere an die Bezirksregierung, an die Fachdezernenten, dann habe man den Wasserkopf ebenfalls entlastet und könne das Geld für andere Dinge einsetzen, zu denen er gleich noch komme.

Der falsche Weg, was Fortbildung, aber auch was die Einrichtung angehe, sei der Weg von Rot-Grün, mit der totalen Inklusion voranzuschreiten. Selbstverständlich müssten alle Kinder, egal, ob mit oder ohne Förderbedarf, so unterrichtet werden, dass sie später voll umfänglich teilhaben könnten an der Gesellschaft und an allem, was in der Gesellschaft geboten werde. Das sei Konsens hier in der Runde, davon gehe er aus. Worüber man sich streite, sei der beste Weg, ob man eine exkludierende Inklusion wähle, also eine Inklusion, in der alle Kinder mit den verschiedensten Förderbedarfen oder nicht Förderbedarfen in einem Klassenraum gleichzeitig unterrichtet würden und

dabei merken würden, dass sie zum Teil exkludiert würden, weil sie doch in andere Lerngruppen kämen oder andere Arbeitsmaterialien bekämen. Oder man mache eine inkludierende Exklusion. Man gebe den Kindern die Möglichkeit, ihre Begabung zu entfalten und dann anschließend in optimaler Förderart später einen Beruf zu ergreifen oder ein Studium aufzunehmen. Das halte er für den richtigen Weg. Insofern gebe es mit den Förderschullehrern glänzend ausgebildete Lehrer. Da jetzt die schwarz-gelbe Regierung sehr viel Geld hineinstecke, um den Regelschullehrer fortzubilden für eine Tätigkeit, für die Förderschullehrer wesentlich besser ausgebildet seien, das halte er für den falschen Weg. Da sollte man doch überlegen, Inklusion nach Qualitätsmaßstab tatsächlich durchzuführen und das nicht nur deswegen so zu benennen, damit man vom ideologischen Gegner nicht angegriffen werde. Denn er habe das Gefühl, dass das daraus resultiere.

Zur Frage, wo man das Geld anlegen könne: Da gebe er Frau Beer recht, die Schulassistenten wäre der richtige Weg. Wenn man dieses Mittel ausbauen würde, würde man übrigens über die Anrechnungsstunden, die man an den jeweiligen Schulen einspare, weiter Lehrerstunden generieren können. Das gehe nicht von heute auf morgen. Aber es sei tatsächlich ein Mittel, bei dem er als Schulleiter früher gedacht habe, wenn er da jetzt jemanden hätte, der es mache, könnte Kollege XY statt 19 Stunden eben 23 Stunden unterrichten, und die Anrechnungsstunde, die er dafür bekomme, dass er diese außerunterrichtliche Tätigkeit verrichte, würde dann wegfallen. Das sei ein wichtiges Werkzeug. Er würde anregen, dass dieser Weg beschritten werde.

Ein Zweites: Man könnte einfach mehr Lehrerstellen schaffen oder kleinere Klassen bilden mit dem Geld, was man hier einspare. Das sei dringend notwendig, wenn er vor allem daran denke, was der Geschichtslehrerverband moniere, nämlich die geringe Anzahl an Geschichtsstunden. Früher habe es wenigstens noch acht Stunden beim alten G 9 gegeben, jetzt seien die Geschichtsstunden auf sieben reduziert in der Sekundarstufe I. Das gehe nicht in einer Zeit, in der man heute lebe, wo das Geschichtswissen rudimentär sei und wo man die Demokratie dadurch schützen müsse, dass man tiefes Geschichtsverständnis erzeuge. Das sei von entscheidender Bedeutung. Nicht alle besuchten die Sekundarstufe II. Viele Schüler gingen nach der Sekundarstufe I an ein Berufskolleg oder direkt in die Ausbildung. Dort sei der Geschichtsunterricht unterschiedlich gewichtet. An der Stelle könnte man sehr viel mehr tun.

Was den islamischen Religionsunterricht angehe, sei vieles noch ungeklärt. Das, was man neulich in der Ausschusssitzung gehört habe, das Gutachten sei seiner Ansicht nach nicht so substanziell, als dass man sagen könnte, das sei eine Handlungsgrundlage dafür, den islamischen Religionsunterricht jetzt zu forcieren. Da seien noch viele Fragen offen. Da würde er sehr vorsichtig sein, was das angehe.

Insgesamt merke man, dass umgesteuert werde. Er glaube aber auch, dass das eine oder andere, was hier eingesetzt worden sei, davon zeuge, dass die Schwerpunkte an der falschen Stelle gesetzt würden.

Er habe die Talentschulen vergessen. Das sei auch ein Euphemismus. Talentschulen seien Schulen in Bezirken, die besonders gebeutelt seien. Er halte es für den vollkommen falschen Weg, ganz wenige Schulen mit viel Geld auszustatten. Da müssten andere Möglichkeiten gefunden werden, um den Sorgen der Kolleginnen und Kollegen

dort zu begegnen. Deswegen werde seine Fraktion den Haushalt so nicht mittragen können.

Franziska Müller-Rech (FDP) dankt allen, die im Ministerium an diesem Haushalt mitgearbeitet hätten.

Insgesamt finde ein Aufbau um 4,2 % statt in diesem größten Einzelplan des Haushalts.

Die gestrichenen kw-Vermerke zögen sich durch mehrere Posten und seien auch schon vom Kollegen Rock dargestellt worden.

Im Gegensatz zu den Haushalten der Vorgängerregierung basiere dieser Haushaltsentwurf auf der aktuellen Schülerbedarfsprognose. Die Kinder, die jetzt in der Grundschule seien, wo der Lehrermangel groß sei, seien ja schon vor sechs Jahren auf der Welt gewesen, und die Vorgängerregierung habe es versäumt, entsprechend zu steuern.

Thema „Inklusion“: Man werde insgesamt 6.000 zusätzliche Stellen bereitstellen. Im Jahr 2019 seien es schon 957 für die Neuausrichtung und noch einmal 270 weitere für multiprofessionelle Teams. Diese ordentliche Investition in die Neuausrichtung sei ein wichtiger Meilenstein. 6.000 sei eine große Anzahl. Das habe die Vorgängerregierung nicht geschafft. Insgesamt habe man dann 6.568 Stellen. Schwarz-Gelb steuere um.

Schwarz-Gelb habe eine klare Haltung, nämlich dass jedes Kind mit Förderbedarf den perfekten Förderort finden solle. Darauf arbeite die Landesregierung hin und beende endlich diese Kluft zwischen Förderschulen und gemeinsamem Lernen, indem vergleichbare Förderorte geschaffen würden, damit die Eltern eine echte Auswahl hätten.

Sie verwundere da insbesondere die Kritik der SPD, weil sie in den 15 Monaten noch kein Inklusionskonzept der SPD gesehen habe. Deswegen lohne es sich aus ihrer Sicht auch nicht, auf diese Kritik weiter einzugehen.

Thema „OGS“: Frank Rock habe das richtig dargestellt. Im letzten Jahr habe man schon 8.000 neue Plätze geschaffen. Jetzt würden weitere 7.500 Plätze geschaffen und die Fördersätze um 14 % erhöht. Das sei ein wichtiges Signal auch für die OGS, dass man den richtigen Weg gehe, die Plätze weiter auszubauen, um endlich in die Nähe davon zu kommen, dass jedes Kind einen OGS-Platz bekommen könne.

Thema „Talentschulen“: Die Landesregierung schaffe Talentschulen, weil die Steuerung der Vorgängerregierung, mit der Gießkanne über das ganze Land zu gehen, nicht zum Erfolg geführt habe. Schwarz-Gelb gehe neue Wege. Man verlasse die ausgetretenen Wege und versuche etwas Neues. Dann werde man schauen, was man daraus ableiten könne. Man befinde sich in einer Mangelsituation, in der man schauen müsse, wie man die vorhandenen Köpfe, aber auch das vorhandene Geld bestmöglich einsetzen könne, um Chancengerechtigkeit zu schaffen, damit Bildungschancen nicht mehr so stark vom Elternhaus abhängen. Die Vorgängerregierung habe dazu sieben Jahre lang keine Lösungsidee gehabt. Die Landesregierung versuche jetzt etwas Neues, um dann die gewonnenen Erkenntnisse schnell auf die restlichen Schulen zu übertragen. Deswegen sei auch wichtig, was im Haushalt eingestellt werde. Sie halte weiterhin an

dem Schulversuch fest. Sie habe auch weiterhin kein stichhaltiges ausformuliertes anderes Konzept seitens der Opposition gesehen oder gehört. Sie freue sich darüber, dass die Landesregierung das jetzt angehe, und auf zusätzliche Fortbildungsbudgets und auf die wissenschaftliche Begleitung, damit das schnell auf die anderen Schulen ausgerollt werden könne. Sie freue sich auch auf die Schulentwicklungsberater und sei sehr gespannt auf die Ergebnisse dieses wichtigen Projektes.

Thema „Schul- und Bildungspauschale“: Schwarz-Gelb erhöhe die Schul- und Bildungspauschale um 50 Millionen Euro auf 659 Millionen Euro. Rot-Grün habe diese Pauschale in den letzten sieben Jahren nicht ein einziges Mal angehoben. Schwarz-Gelb mache das schon zum zweiten Mal in Folge. Das sei auch ein wichtiges Zeichen für die Kommunen. Das zeige, dass die Schulträger nicht alleine dastünden.

Mit dem Thema „Lehrermangel“ beschäftigten sich die regierungstragenden Fraktionen jeden Tag. Rot-Grün habe ohne Zahlen gesteuert. Die Kinder, die heute in der Grundschule unter dem Lehrermangel zu leiden hätten, seien doch schon lange auf der Welt. Rot-Grün habe diesen Fehler begangen und diese Situation verursacht, mit der man jetzt jeden Tag klarkommen müsse und die man ausbaden müsse. Schwarz-Gelb müsse jetzt Lösungen dafür finden, und alles, was SPD und Grünen einfallen, sei, die eingeleiteten Schritte zu kritisieren.

Die SPD bringe das dann auch noch heute so und morgen anders mit der Besoldungsfrage in einen Zusammenhang. Thomas Kutschaty habe in seiner Haushaltsrede gesagt, es gebe einen Zusammenhang zwischen A13 und dem heutigen Lehrermangel. Dann habe es einen Entschließungsantrag des Kollegen Ott gegeben, in dem es heiße, dass beides nicht im Zusammenhang stehe. Drei Tage später habe die Kollegin Voigt-Küppers in einer Pressemitteilung gesagt, beides stehe doch in einem Zusammenhang. Sie frage sich, ob die SPD einfach versucht habe, ein Thema zu finden, das angeblich Schwarz-Gelb anzulasten sei, weil Schwarz-Gelb angeblich einen Lehrermangel ausgelöst haben solle. Die SPD versuche hier, eine Nebelkerze zu werfen. Das sei ein ganz schlechter Versuch, über ihre eigenen Versäumnisse und Fehler hinwegzutäuschen.

Schwarz-Gelb werde weiter daran arbeiten und werde auch die besoldungsrechtlichen Konsequenzen aus der veränderten Lehrerausbildung ziehen. Das sei gar keine Frage. Das habe man auch überall gesagt.

Es ärgere sie sehr, dass die SPD das bei ihren Besuchen in Schulen alleine auf diese Besoldungsfrage reduziere, obwohl doch die Probleme ganz woanders lägen. Wenn man vor einer Grundschullehrerin stehe, die den Tränen nahe sei, dann habe das nicht den Grund, dass diese Grundschullehrerin nicht mit A13 besoldet werde. Man werde das trotzdem machen, denn das sei ja auch eine Frage der Wertschätzung. Aber es gehe auch um die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort. Die Lehrerinnen stünden vor 30 Kindern mit Förderbedarfen, und die Sonderpädagogin sei nur für zwei Stunden in der Woche dort. Die SPD verkenne die Situation und reduziere die Situation der Lehrerinnen und Lehrer auf diese Gehaltsfrage. Das finde sie nicht in Ordnung. Man müsse dringend auch über das ganze Umfeld sprechen. Sie habe ja dargestellt, wie man die Grundschulen auch stärken wolle. Man werde weiterhin mit Geduld an diesen

Themen arbeiten und dafür sorgen, dass sich die Situation an den Grundschulen verbessere, damit die Kolleginnen und Kollegen dort wieder durchatmen könnten.

Nach Ansicht von **Jochen Ott (SPD)** zeigten die Ausführungen von Herrn Rock das Kernproblem. Die CDU finde schulpolitisch seit 15 Monaten gar nicht statt. Niemand bekomme mit, was die CDU schulpolitisch eigentlich wolle. Die CDU sollte endlich sagen, welchen Hafen sie ansteuere. Dann werde die SPD sagen, welchen Hafen sie ansteuere, und dann könne darüber eine Auseinandersetzung stattfinden.

Er finde den Beitrag von Frau Müller-Rech hochproblematisch. Denn er zeige ein Grundsatzproblem, das möglicherweise auch in der Vergangenheit schon bestanden habe. Der jeweils anderen demokratischen Kraft zu unterstellen, dass sie nicht das Beste gewollt und versucht habe, sei im demokratischen Diskurs ein Fehler. Mittlerweile sei auch den Menschen im Land bewusst geworden, dass das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu komplex sei für so einfache Erklärungen, dass der jeweils andere auf dem total falschen Weg sei. Es gehe doch darum, um den besten Weg zu streiten.

Wenn man die aktuellen Umfragen sehe, müsse man ja meinen, die Grünen hätten die beste Schulpolitik gemacht. Man könne den Grünen aber auch nicht sagen, das seien sieben verlorene Jahre gewesen, denn es sei alles falsch gewesen. Das sei doch nicht zutreffend – unabhängig von der Rolle des Koalitionspartners.

Er plädiere dafür, die Punkte abzuschichten, bei denen man unterschiedliche Wege gehe. Man sollte einander aber nicht unterstellen, dass der jeweils andere im Grunde genommen nicht zumindest etwas Gutes habe erreichen wollen.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Das habe ich gar nicht gemacht!)

– Doch, das habe Frau Müller-Rech gemacht.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Nein!)

Hier säßen andere, bei denen er ganz anderes denke. So viel wolle er auch zur AfD sagen: Wer Haushaltsanträge zum Thema „Bildung“ einbringe, die im Grunde genommen nur Streichungen im Etat vorsähen, der habe die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Der führe wirklich nichts Gutes mit der Bildung im Schilde.

Er wisse, dass es für alle Parteien ganz schwierig sei, wenn sie mit statistischen Ämtern auf welchen Ebenen auch immer, deren Zahlen als Ausgangslage herangezogen würden, arbeiteten und nachher gesagt werde, das sei alles falsch gewesen, und das hätte man doch sehen müssen. Viele hätten doch in der Kommunalpolitik schon erlebt, dass Verwaltungen gesagt hätten, sie hätten etwas berechnet, so müsse das sein, das sei der Ausgangspunkt. Dann habe sich die Politik dahinter gestellt, und zwei Jahre später habe man gesehen, dass das alles Quatsch gewesen sei. Dafür kenne doch jeder Dutzende Beispiele. Er erinnere sich sogar an Landtagsdebatten, bei denen alle gesagt hätten, dass es ein großer Erfolg wäre, wenn die Demografiegewinne im System blieben. Über Jahre sei das so gesehen worden. Dann höre man am Stammtisch, dass man doch die Geburtenzahlen kenne und dann nur sechs Jahre weiterdenken müsse. Der gesunde Menschenverstand am Stammtisch könne das sofort sagen. Jetzt

könnten aber die Kollegen im Ministerium sagen, wie sie das berechneten, und dann erkenne man die Problemlagen.

Dann als Politik so zu tun, als ob der jeweils andere dafür die Verantwortung trage, sei nicht richtig. Das sei doch extrem komplex. Man müsse in der Tat fragen, warum man in diesem Land – egal, unter welcher Regierung, und übrigens bundesweit – nicht in der Lage sei, diese Schweinezyklen zu überwinden, und warum man tatsächlich immer von einem Pendel zum anderen komme. Das schein ja, wenn er das richtig sehe, in der Geschichte der Schulpolitik seit Humboldt der Fall zu sein, dass es diese Schweinezyklen gebe. Das müsse man doch auch benennen, damit man die Unzufriedenheit bei den Leuten nicht erhöhe. Denn die könnten sich das auch nicht mehr anhören. Das sei doch das Problem, unter dem man leide. Plumpe Angriffe gegen die andere Seite brächten gar nichts.

Damit sei er wieder bei dem richtigen Wind und der Frage, in welchen Hafen man segeln wolle. Dann sollten die Leute entscheiden, welches Schiff sie wählen wollten, weil sie den angesteuerten Hafen vernünftig fänden. Er habe in den letzten anderthalb Jahren zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass früher alles gut gewesen sei. Er plädiere dafür, die Dinge zu analysieren, Fehler klar zu benennen und dann andere Vorschläge zu machen, damit das Schiff Fahrt aufnehmen könne und die Leute wüssten, auf wen sie wo setzen könnten.

Er lege Frau Müller-Rech dringend ans Herz, das Thema „A13“ noch einmal zu überdenken. Er habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, mit A13 lösten sich alle Probleme. Es handele sich hier zum einen um eine massive Fehlallokation, was den Bewerbermarkt angehe. Zum anderen könnten viele Leute mit dem Wort „Wertschätzung“ überhaupt nichts anfangen. Denn es gehe um einen Rechtsanspruch. Es gehe nicht um Wertschätzung, sondern es gehe um einen Rechtsanspruch, jedenfalls für die neuen Kräfte. Im zweiten Schritt gehe es dann um Wertschätzung für die schon im System befindlichen Kräfte. Denn man wisse, wenn man das nicht tue, dann werde man einen Massenexodus – zumindest emotional – von Lehrerinnen und Lehrern erleben, die sagten: Ihr könnt uns mal kreuzweise. – Das werde sich in der Arbeitsdisziplin und in anderem niederschlagen, wenn junge Kollegen, die gerade von der Hochschule kämen, besser bezahlt würden als diejenigen, die die Arbeit seit 30 Jahren machten. Das gehe nicht. Zunächst einmal handele es sich um einen Rechtsanspruch, der hinterlegt werde. Anschließend stelle sich dann die Frage, wie man als Arbeitgeber klug mit den anderen Beschäftigten umgehe.

Das sei nicht der einzige Punkt, um den Lehrermangel anzugehen. Beim Numerus Clausus habe er sich vertan. Er habe sich auf eine Gewerkschaftsaussage bezogen. Aber Fakt sei: Man habe das Problem, zu wenig Studienplätze zu haben. Deshalb habe man an manchen Stellen trotzdem NC, die im Grunde genommen zu hoch seien und die auch nicht hilfreich seien, weil man mehr Leute auf dem Markt brauche. Also müsse man doch die Frage stellen, was man mit den Studienplätzen mache. Dazu fehle ein Vorschlag.

Inklusion sei erstens nichts Neues und zweitens im Grunde genommen auch keine Ideologie, sondern ein Menschenrecht, das auf der Ebene der Vereinten Nationen beschlossen worden sei und im Deutschen Bundestag nachvollzogen werde. Die Politik

habe die verdammt Verantwortung, das umzusetzen. Die spannende Frage laute ja nur, wie der beste Weg aussehe, ob da zu überstürzt gehandelt worden sei und wie man jetzt damit umgehe. Er sage voraus: Wenn die Leute jetzt überall läsen „25-3-1,5“ und dann nächsten Sommer feststellten, dass diese 25 in den meisten Städten nirgendwo erreicht würden und das Personal auch nicht, dann werde man in dieselbe Falle tappen. Das sei wie Sozialismus in einem Land. Man beschreibe einen schönen Plan, wie die Elektrifizierung in den 30ern stattfinden solle, und in Wahrheit wisse man, dass man das nie hinkriegen werde, weil man dafür gar nicht die Ressourcen habe. Das sei äußerst schwierig, so vorzugehen, weil das Risiko der Abseitsfalle einfach zu groß sei.

Die Talentschulen jetzt als neuen Weg zu bezeichnen, sei wirklich sehr gewagt. Er gehe davon aus, das halte einer fachlichen Debatte in der Öffentlichkeit nicht stand. Das sei natürlich nichts Neues. Es sei am Ende als Gedanke richtig, dort, wo mehr Förderung nötig sei, auch mehr Ressourcen aufzuwenden. Das unterstütze die SPD ausdrücklich.

Aber Fakt sei, dass man das eben nicht nur auf diese wenigen Schulen konzentrieren könne und dass man keine sechs Jahre Zeit habe angesichts der Zustände an vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen. Das sei unabhängig von der Schulform. Da gebe es schon Unterschiede, wenn er bestimmte Realschulen in seiner Stadt vergleiche mit Schulen irgendwo im Bergischen. Das gelte für alle Schulformen. Das heiße, man müsse auch wegkommen von dem Gedanken, dass es hier nur um eine schulform-spezifische Unterstützung gehe. Es müsse eine breite Unterstützung geben. Das habe die Landesregierung in ihrem Versuch ja auch angelegt. Aber bei der derzeitigen Lage habe man keine sechs Jahre Zeit. Denn wenn die Kinder, die jetzt diese Schulen besuchten, aus der Schule herauskämen und die Förderung nicht bekommen hätten, kämen sie volkswirtschaftlich betrachtet in der Spätförderung nach der Schulzeit die Gesellschaft wesentlich teurer in den Unterstützungsleistungen.

Deshalb werbe man ja dafür in dem Wissen, dass es natürlich immer ein Ressourcenthema sei. Es sei ja gesagt worden, die Milliarden, die man zugeführt habe, seien zu wenig gewesen. Er stimme der Aussage zu, dass man in NRW immer noch zu wenig im Bildungsetat habe. NRW sei bundesweit im Ländervergleich nicht ganz vorne dabei. Also müsse da mehr getan werden. Deshalb habe die SPD ja auch angeboten, nicht besserwisserisch zu sein, sondern zu überlegen, wie man das Talentschulmodell tatsächlich dann auf das ganze Land ausweiten könne, damit man auch da den Schulen, die nicht ausgewählt würden, nicht das Signal gebe, dass sie nicht so gut seien, um bei den 1 % dabei zu sein. Da sehe er ein großes Problem.

Insofern werde er gleich zu den einzelnen Haushaltsanträgen auch nichts mehr sagen müssen, weil das in der Generaldebatte erwähnt worden sei.

Er finde es aber interessant, dass sowohl die CDU als auch die Ministerin am Anfang in der Debatte, was die Offene Ganztagschule und die Inklusion angehe, gesagt hätten, dass das eigentlich richtig sei, dass da mehr Ressourcen investiert werden müssten, und dass ein zusätzliches Paket komme oder dass man noch einmal genauer hingucken müsse, wie die Träger eigentlich agierten.

Frau Müller-Rech müsse sich da im Übrigen keine Sorgen machen. Die SPD werde noch ein Konzept vorlegen.

In einer solchen Situation wie jetzt, in der die Inklusion aus verschiedenen Gründen sowieso unter Druck gewesen sei, könne es doch nicht sein, dass man das Signal gebe, die Beträge zu erhöhen und die Förderkinder einfach herauszunehmen. Die 12 Millionen machten den Braten dann auch nicht fett. Er halte das wirklich für eine politische Fehlleistung, weil man das gar nicht hoch genug werten könne, was das in der Landschaft bedeute. Das sei ein klares Signal, dass man im Grunde genommen den umgekehrten Weg gehe, und dann mit der Begründung. Diese Antwort sei natürlich extrem kontraproduktiv, weil sie die Vermutung der Leute noch unterfüttere, was in diesem Beschluss stehe.

Deshalb bitte er herzlich darum, das zu überdenken, und auch noch einmal darüber nachzudenken, dem Antrag der SPD zuzustimmen, um dieses Signal an die Inklusionsgemeinde in diesem Land und die Eltern der vielen Förderkinder in Nordrhein-Westfalen zu senden.

Einen Grund für die etwas entspanntere Situation bei der Versorgung mit Lehrkräften in OWL sieht **Sigrid Beer (GRÜNE)** darin, dass die Universität Bielefeld und die Universität Paderborn starke Standorte der Lehrerausbildung seien und die Studierenden nach ihrem Abschluss auch in der Region blieben. Das wirke sich vor allen Dingen im Grundschulbereich positiv aus.

Frau Müller-Rech habe das Thema „Bildungspauschale“ angesprochen. „Gute Schule 2020“ habe sie aber nicht erwähnt. Das auch aufgrund der guten Finanzlage in den letzten Jahren immer weiter erhöhte GFG habe sie ebenfalls nicht genannt und auch nicht den Stärkungspakt, mit dem man es geschafft habe, die überwiegende Zahl der Kommunen aus der Haushaltssicherung herauszubekommen. All das stärke aber die Kommunen. Dass man jetzt im Rahmen des Finanzverbundes sage, man erhöhe die Bildungspauschale, ändere nichts an dem gesamten Kuchen, der dann immer wieder nach dem Finanzaufkommen verteilt werde. Trotzdem seien die Kommunen ja frei, das Geld zu verausgaben. Darüber, dass ein Investitionsprogramm wie „Gute Schule 2020“ nach dem Auslaufen verlängert werden müsse, müsse man sich auch gemeinsam mit dem Bund und allen Beteiligten Gedanken machen.

Sie zitiere aus der „NRZ“ von gestern:

„Die vom Land geplanten 45 ‚Talentschulen‘ im kommenden Schuljahr 2019/2020 sorgen in Essen für handfesten Ärger: So haben die Schulleiter der neun städtischen Berufskollegs dem NRW-Schulministerium in einem gemeinsamen Schreiben eine klare Absage erteilt. Keines der Essener Berufskollegs wird sich als ‚Talentschule‘ bewerben. ‚So geht das nicht, der Schulversuch verfolgt einen katastrophalen Ansatz, die ganze Planung ist einseitig und ungerecht‘, begründet Georg Greshake, ...“

Die Berufskollegs sagten, sie würden in eine Konkurrenzsituation geführt, die sie nicht haben wollten. Andere Schulformen würden mit viel mehr Stellen ausgestattet. Die

Berufskollegs untereinander gerieten in Konkurrenz. Das ganze Konzept stimme hinten und vorne nicht.

Diese Hinweise sollte die Landesregierung ernst nehmen. In der Tat wäre es besser, den Sozialindex weiterzuentwickeln. Das müsse man auch tun. Denn das, was jetzt schon an Sozialindexstellen im System sei, müsse zielgerechter gesteuert werden. Das sei notwendig, darüber nachzudenken. Dass Herr Rock ankündige, das tun zu wollen, nehme sie als positives Signal auf.

Sie verstehe nicht, dass man das über sechs Jahre betreiben wolle und dann noch eine Evaluation anschließen wolle, um dann zu überlegen, was man übertragen könne. Das werde der Situation der Schulen in Nordrhein-Westfalen in der Tat nicht gerecht.

Deswegen beantragten die Grünen, diese Mittel abzusetzen und dann konsequent in einen Sozialindex zu übersetzen und die Schritte zu gehen.

Diese Konsequenz fehle ihrer Fraktion übrigens auch bei dem Antrag der AfD. Herr Seifen habe ja eben noch einmal seine Vorstellungen vom Bildungssystem dargelegt und auch deutlich gemacht, dass er nicht verstehe, was individuelle Förderpläne seien, die im gemeinsamen Unterricht und an Förderschulen für jedes einzelne Kind entwickelt würden. Ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung über den Antrag der AfD enthalten, weil das, was die AfD vortrage, in sich überhaupt nicht konsistent sei.

Die Ergebnisse von EIBISCH, der Studie aus Hamburg, ließen doch aufhorchen, weil die Kinder in den gemeinsamen Settings die besseren Ergebnisse erzielten. Sie rege an, sich das gemeinsam anzuschauen. Eine evidenzbasierte Debatte trage vielleicht auch zur Versachlichung bei.

Herr Rock habe sich – das sei ihr Eindruck – selbst ein bisschen widersprochen. Er habe sich für die Talentschulen ausgesprochen, denn die nach dem Sozialindex benötigten Lehrerstellen ließen sich ja gar nicht alle besetzen. Herr Rock sage dann richtigerweise, dass man Inklusionsstellen schaffen wolle, aber weise nicht darauf hin, dass dafür ja auch die Köpfe fehlten.

Deswegen habe sie auf das Kapitalisieren hingewiesen, damit die Schulen die Stellen, die sie zusätzlich bekämen – das sei gut so, dass die weiter in das System kämen –, auch besetzen könnten. Dann sei in der Tat der Weg Multiprofessionalität ein richtiger, aber dann müssten die Stellen auch sehr zeitnah geöffnet werden, damit sich die Teams auch in ihren Rollen vorbereiten könnten.

Alle Landesregierungen kochten nur mit Wasser, egal, ob Rot-Grün oder Schwarz-Gelb. Bestimmte Stränge würden immer weitergeführt.

Sigmar Gabriel habe auch gesagt, seine Tochter sei vor sechs Jahren geboren worden, und damit sei doch absehbar gewesen, wann sie in die Grundschule komme und Lehrer brauche. Das sei leider ein bisschen sehr schlicht gedacht.

Sie begrüße es, dass sich die KMK jetzt alle zwei Jahre über die Prognosen vergewissern wolle.

Der Kollege Klemm habe auch immer unterstützend statistisches Datenmaterial zu Demografieeffekten geliefert.

2011 habe es die letzte Lehrerbedarfsprognose für NRW gegeben, und Ende des Jahres 2012 habe es zum ersten Mal von IT.NRW den Hinweis auf steigende Bevölkerungszahlen gegeben. Daran müsse sich doch die Haushaltsplanung des Ministeriums orientieren. Wenn Herr Gusovius jetzt sage, demnächst werde man ganz anders vorgehen, sei sie vollkommen begeistert. Aber erst einmal müsste man ja dann überlegen, ob es sich um einen Trend handle oder bloß um einen ersten Hinweis. Also warte man das Jahr 2013 und gegebenenfalls auch das Jahr 2014 ab, um die weitere Entwicklung zu beobachten. Im Moment habe man ja bereits wieder sinkende Bevölkerungszahlen. Ende 2018 sei wieder eine sinkende Geburtenrate festgestellt worden. Daraus könne ja nicht der Schluss gezogen werden, dass die Stellen wieder eingespart werden könnten oder dass Planungen zurückgenommen würden. Nach dem ersten Ausschlag müsse man also ein oder zwei Jahre beobachten, wie die Entwicklung weitergehe. Dann sei die Zuwanderung hinzugekommen, die dem Land auch einiges an Stellenzuwachs abverlangt habe. So kämen Zahlen zustande und auch Zeiträume. Vorher seien auch alle fünf bis sechs Jahre Prognosen aufgestellt worden. Sie sei dafür, sich die Entwicklung jetzt in kürzeren Zeiträumen anzusehen, weil das ganze Gebilde offensichtlich wesentlich volatiler sei. Aber es müsse auch eine seriöse Planung stattfinden. Aufgrund der Zuwanderung habe man 80.000 Kinder mehr im System. Die Geburtenrate nehme im Übrigen auch bei den Zugewanderten wieder ab. Daraus sollte aber nicht der Schluss gezogen werden, wieder Stellen einsparen zu können.

Zur OGS-Planung: Die Zahlen zeigten einen deutlich verlangsamten Ausbau. 2011 habe übrigens eine Erhöhung um 11 % stattgefunden. Denn in den Jahren vorher sei da nichts passiert. Dann habe man noch die Dynamisierung aufgesetzt.

Sie begrüße ausdrücklich die Erhöhung um 14 %. Sie habe aber die Frage, wohin das gehe. Die Kommunen nähmen in ihrem Haushalt ja auch manches wieder zurück und leiteten die Fördersumme nicht an die Schulen durch. Also sollte man sich über strukturgebende Maßnahmen unterhalten.

Wenn man in diesem Sinne miteinander um die Sache ringen könne, halte sie das für eine gute Diskussion. Die basiere dann auch auf den Erfahrungen aus den verschiedenen Regierungszeiten. Sie produziere kein Wolkenkuckucksheim, sondern mache immer wieder Diskussionsangebote. Aber bestimmte Dinge müssten dann auch sein.

Sie stimme Frau Müller-Rech darin zu, dass es nicht nur um Geld gehe, sondern auch um Wertschätzung. Aber es gehe auch um die konsequente Weiterentwicklung. Das müsse einfach sein. Wenn man dann noch die Sekundarstufe II-Lehrkräfte für die Grundschularbeit gewinnen wolle, kriege man das einfach nicht anders geregelt. Dann sei es zusätzlich ungerecht neben der rechtlichen Grundlage, wenn die Grundschullehrkräfte und auch die Sek I-Lehrkräfte in A12 verblieben.

Jetzt habe man wieder gehört, dass das jetzt gewollt sei. Im Wahlkampf habe sich das ja noch anders angehört. Sie warte dann jetzt auf verbindliche Gespräche, auf Umsetzung, auf Zeichen, wann das denn passieren solle. Denn dass es Gespräche dazu geben solle und dass Planungen stattfänden, höre man ja auch schon eine ganze Zeit lang.

Moritz Körner (FDP) dankt Herrn Ott dafür, dass er auf die Schweinezyklen hingewiesen habe. Das sei ein Problem der Bildungspolitik insgesamt, auch in verschiedenen Bundesländern. Das sei sehr anständig, dass Herr Ott das deutlich mache. Denn die Frage sei ja durchaus komplexer. Es lasse sich nicht alles planen.

Das Thema „A13“ sei aber auch nicht mit der neuen Landesregierung vom Himmel gefallen. Das hätte die Vorgängerregierung ja auch bereits umsetzen können, habe dafür aber auch nicht das Geld vom Finanzminister bekommen. In dem Punkt sollte man auch ehrlich miteinander umgehen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben jetzt 7 Milliarden mehr! 7 Milliarden!)

Die Begründung für das Hochschulzukunftsgesetz sei ja immer gewesen, dass man diese ganzen Instrumente für die Steuerung brauche. Jetzt heiße es aber, das lasse sich alles nicht steuern, Stichwort Schweinezyklen.

Es komme ja nicht nur auf die Menge der Lehrer insgesamt an, sondern man habe ein katastrophales Fehlverhältnis zwischen den verschiedenen Schulformen. Da hätte die Vorgängerregierung schon tätig werden können, aber jetzt werde diese Regierung das angehen.

Den Antrag der AfD zu den Europaschulen halte er für eine Frechheit. Die Begründung, warum die AfD die Förderung von Europaschulen streichen wolle, laute, man wolle keine Vereinheitlichung des Bildungswesens in Europa. Die AfD wisse aber doch ganz genau, dass Europaschulen keine Vereinheitlichung bedeuteten. Dort würden Projekte mit besonderem europäischen Bezug gemacht. Das sei gerade in diesen Zeiten wichtig. Die AfD habe eben doch selbst mehr Geschichtsunterricht eingefordert. Er rate der AfD, ihren Antrag zurückzuziehen.

Frank Rock (CDU) teilt die Meinung von Herrn Körner ausdrücklich. Man könne für oder gegen Europaschulen sein, aber diese Begründung sei hanebüchen.

Er teile auch die Meinung, dass Planung schwierig sei. Die Schweinezyklen seien ja angesprochen worden. Es sei zu einfach gedacht, ein Kind sei geboren und komme dann mit sechs Jahren in die Schule. Er sehe da eher die Verantwortung beim Thema „Hochschulbildung“ und bei der Lehrerausbildung.

Da sei die Reduzierung auf die Besoldung seiner Meinung nach auch deutlich zu wenig. Das sei ein Teil. Dazu stünden CDU und FDP auch. Es gebe junge Menschen, die sich für das Lehramt entschieden, weil sie die A13 oder dann vielleicht eher sogar eine Beförderungsstelle im Gymnasium sähen. Aber das sei nach seinen Erfahrungen nicht der größte Teil, und er habe viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen geführt. Viele andere Faktoren spielten bei der Entscheidung auch noch eine Rolle. Da müsse überlegt werden, wie man wieder mehr Lehrer für den Bereich Sonderpädagogik und für den Grundschulbereich gewinnen könne.

Seines Erachtens habe die Vorgängerregierung hier auch Fehler gemacht. Bei Frau Beer klinge es ja so, als hätte die Vorgängerregierung alles richtig gemacht. Da sollte man schon genauer hingucken und nicht versuchen, mit irgendwelchen Zahlen zu argumentieren. Herr Ott räume wenigstens ein, dass ein paar Dinge nicht gut gelaufen

seien. Er sei für Offenheit im Dialog mit den Mitbewerbern. Aber die Ausführungen von Frau Beer und Herrn Ott hätten immer wieder belehrenden Charakter. Er bitte Frau Beer und Herrn Ott, mit diesen Belehrungen aufzuhören. Man vertrete unterschiedliche politische Meinungen.

Er habe das Bild eines Fischers verwendet. Zum Stichwort „Wind“ falle ihm ein, dass sich der Wind auch drehen könne. Den Eindruck habe er auch bei manchen Positionen, die hier vorgetragen würden.

Im Haushalt sei klar erkennbar, wofür die Union stehe. Die Union stehe für eine Inklusionsformel mit Qualitätskriterien, für mehr Profession in der Schule, für den Ausbau der Offenen Ganztagschule, für die Stärkung aller Schulformen und vor allem für eine bessere berufliche Ausbildung. Die CDU habe ein klares Profil. Diese Punkte seien auch im Koalitionsvertrag verankert und seien bereits Teil des Wahlprogramms gewesen.

Vor 15 Monaten seien Herr Ott und er bei einer Sitzung bereits ein bisschen aneinandergeraten. Das sei auch emotional gewesen. Herr Ott habe ihm nach der Sitzung dann wörtlich gesagt: Herr Rock, das ist doch hier alles nur Theater. Das müssen Sie verstehen. – Das habe ihm als neuem Landtagsmitglied ein bisschen zu denken gegeben. Denn für ihn sei das hier kein Theater, sondern wirklich gute Arbeit. Herr Ott sollte darüber noch einmal nachdenken, was er da zu ihm gesagt habe.

(Jochen Ott [SPD]: Das weiß ich noch ganz genau!)

– Dann sollte Herr Ott versuchen, das klarzustellen. Er, Rock, sei der Meinung, dass man mit diesem Haushalt gute Arbeit leiste.

Er unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion. Den Antrag als Tischvorlage vorzulegen, sei zwar etwas kurzfristig, aber die NRW-Koalition habe das Thema „Gedenkfahrten“ ja schon letztes Jahr aufgemacht. Man wisse aus Gesprächen, dass sich die Grünen auch immer mit dem Thema beschäftigt hätten. Die SPD-Fraktion habe die Kollegin Beer aber unter Rot-Grün diesbezüglich nicht unterstützt. Jetzt tue die SPD so, als ob sie etwas Neues erfunden hätte und die CDU auf den fahrenden Zug lediglich aufspringe. Die CDU habe das Thema schon letztes Jahr aufgegriffen. Man habe erkannt, dass mehr Bedarf bestehe, und auch etwas getan. Er bitte die SPD, so ehrlich zu sein und nicht zu sagen, dass es sich hierbei um eine gute Idee der SPD-Fraktion handeln würde.

Helmut Seifen (AfD) meint, die von Herrn Rock zitierte Äußerung von Herrn Ott zeige, wie der eine oder andere Parlamentarier die Arbeit hier im Parlament schätze. Vor allen Dingen die Frage, wie man zum Parlamentarismus stehe, sei auch von ganz entscheidender Bedeutung.

Die AfD schlage Streichungen in allen Bereichen vor, die sozusagen außerunterrichtlich begleitend vorgesehen seien, und meistens in Fällen, die überdimensioniert seien – mit Ausnahme der Europaschulen.

Der SPD falle es natürlich immer leicht, Geld auszugeben. Das sei aber nicht Sinn und Zweck von Haushaltsberatungen, sondern Sinn und Zweck von Haushaltsberatungen

sei, das Geld richtig einzusetzen. Die AfD sei eben der Meinung, dass es an einigen Stellen falsch eingesetzt werde oder zu viel eingesetzt werde. Die AfD beantrage zum Teil, auf die Vorgaben des letzten Jahres zurückzugehen und das Geld woanders einzusetzen, Stichworte Schulassistenz, Geschichtslehrer, Lehrereinstellungen.

Das Gleiche gelte für die individuellen Förderpläne. Wer in der Schule tätig sei, der wisse, dass das nicht so einfach gehe. Das bedeute einfach eine Überforderung aller Beteiligten. Dass die Schulergebnisse der Grundschüler im Augenblick so schlecht seien wie noch nie, liege doch nicht daran, dass die Kinder plötzlich dümmer geworden seien und die Lehrer unfähiger geworden seien. Das liege an den hier geschaffenen Lern- und Lehrvoraussetzungen und an gesellschaftlichen Entwicklungen. Maßgeblich sei, dass die Vorstellung vom gemeinsamen Lernen dazu geführt habe, dass die Kollegen, aber auch die Schülerinnen und Schüler heillos überfordert seien und Lernen nur noch unter ganz erschwerten Bedingungen stattfinden könne. Individuelle Förderpläne müssten in einem größeren Sinnzusammenhang angelegt werden.

Das Gleiche gelte für die Europaschulen. Es gehe schon um die Erweiterung des Europaschulgedankens. Er räume ein, dass der Begründungstext zum Antrag verkürzt sei. Es gehe um die Zertifizierung als eine Schule, die sich in besonderer Weise dem Europagedanken widme. Erst einmal mache das jede Schule. Jede Schule, an der die Lehrer ihren Beruf einigermaßen ernst nähmen – das seien eigentlich alle Schulen –, werde mithilfe von Fremdsprachen und Geschichte den Europagedanken in sich tragen. Es lasse sich doch kein Geschichtsunterricht ohne den Europagedanken machen. Auch im Geografieunterricht und im Literaturunterricht komme man doch ohne den Europagedanken nicht aus.

Er habe doch erlebt, wie das dann laufe. Dann beschlössen die Schulen irgendwie, Europaschulen zu werden. Dann fange das Lehrerkollegium an, zu rödeln. Das heiße, es werde für die Zertifizierung gearbeitet. Einmal im Jahr würden diese Schulen aufgefordert, an einem Projekt teilzunehmen. An diesem Projekt könne man auch teilnehmen, ohne Europaschule zu sein. Hier spiele ein Showaspekt eine Rolle. Er gestehe ja gerne zu, dass die Erfinder dieses Projektes daran gedacht hätten, den Europagedanken in besonderer Weise nahezubringen. Aber jede Schule, die etwas auf sich halte, habe sich den Gedanken der Übernationalität, der menschlichen Gemeinschaft, der Philosophie auf ihre Fahnen geschrieben. Dazu brauche es keine Zertifizierung als Europaschule. Das sei sozusagen eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für die Kollegen, die dann angehalten würden, sehr viel Arbeitszeit dafür aufzuwenden.

Insofern weise er entschieden zurück, dass der Antrag eine Frechheit sei. Er rate, sich vor Ort zu erkundigen, wie die Kollegen darüber dächten.

Jochen Ott (SPD) hofft, dass der direkte persönliche Angriff von Herrn Rock gegen ihn nur Theater gewesen sei. Ansonsten wäre das schon eine interessante Vorgehensweise.

Dass in diesem Hause politische Debatten überspitzt stattfänden und hier an vielen Stellen natürlich auch überpointiert werde, sei ja offensichtlich. Das sei wahrscheinlich

in der politischen Auseinandersetzung auch notwendig, um die Unterschiede deutlich zu machen.

Das erste politische Auftreten von Herrn Rock im Plenum im September, bei dem er die Grünen massiv beschimpft habe, weil sie den Vorschlag gemacht hätten, die Besoldungsanpassung in Etappen zu machen, habe mit dazu geführt, dass es eine hohe Emotionalisierung gegeben habe. Herr Rock habe damals klar gesagt: Das werde es mit der CDU nicht geben, sondern es werde eine sofortige Anpassung der Besoldung geben, weil alles andere den Kollegen nicht zumutbar sei.

Man habe mehrfach darauf hingewiesen, dass das der falsche Weg sei. Er, Ott, habe sich für seine falsche Wortwahl bei der entsprechenden Kollegin auch entschuldigt.

Herr Rock müsse sein eigenes politisches Auftreten selbst bewerten, aber die Art und Weise, wie Herr Rock die Themen hier anspreche, sei nicht dazu geeignet, eine produktive Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen zu führen.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) nimmt Stellung, man arbeite ja schon im Rahmen des Sozialindexes. Die 600 Stellen, die man für die Sozialpädagogischen Fachkräfte an die Grundschulen vergeben habe, seien ja schon nach einem Sozialindex, nämlich 70 und 30, vergeben worden.

Man habe ja nun auch den Auftrag aus dem Schulausschuss mitbekommen, dass man sich im Hause mit einem schulscharfen Sozialindex beschäftigen solle. Das tue man bereits. Wenn in diesem Zusammenhang erste Ergebnisse vorlägen, dann werde man darüber auch berichten.

Aber der Sozialindex komme, wenn möglich, an den einzelnen Schulen ja schon zum Einsatz.

Frau Beer habe gesagt, dass kein Austausch mit den Lehrerverbänden stattfinde. Nur weil sie nicht alles nach draußen kommuniziere, heiße das nicht, dass man nicht in einem permanenten Austausch stehe. Das tue man zu den unterschiedlichsten Themen.

Thema „Offene Ganztagschule“: Da hätten in der Vergangenheit zusammen mit dem MKFFI mehrere Gespräche stattgefunden. In diesem Zusammenhang sei es auch darum gegangen, dass man gesagt habe, man wolle Schule und Jugendhilfe auf Augenhöhe miteinander diskutieren lassen, weil sich nur so eine bestmögliche Förderung der Kinder auch im Offenen Ganztage gewährleisten lasse.

Das sei richtigerweise angesprochen worden: Sie habe sich immer für Qualitätsstandards eingesetzt, nicht nur im Offenen Ganztage, sondern auch darüber hinaus bei der Inklusion.

Bei der Inklusion sei man zum ersten Mal tatsächlich den Weg gegangen und habe mit der Formel „25–3–1,5“ Qualitätsstandards gesetzt. Das sei mitnichten ein Zahlenspiel. Man müsse natürlich, wenn man die Schulen besser mit Personal ausstatten wolle, um die Kinder besser fördern zu können, auch Stellen anmelden. Das könne man nur, indem man auch eine Formel auf den Weg bringe.

Das habe man auch im Inklusionserlass und im Konzept dargelegt: Natürlich müsse nachher vor Ort entsprechend der pädagogischen Konzepte in Abstimmung mit den Bezirksregierungen geschaut werden, wie diese Formel eingehalten werden könne bzw. nach Konzepten auch geändert werde, was die einzelne Klasse anbelange. Da seien die Bezirksregierungen angehalten, genau hinzuschauen bzw. Hilfestellungen zu geben. Das sei der Auftrag an die Bezirksregierungen, hier gut hinzuschauen, gut mit den Schulträgern zu verhandeln, um die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen, wissend, dass die Decke an allen Ecken schlicht und ergreifend zu kurz sei. Das müsse man einfach sagen.

Thema „Inklusion“: Sie stimme Herrn Ott zu. Inklusion sei ein Menschenrecht. Dieses Recht müsse hier umgesetzt werden. Aber der Inklusionsprozess sei in der Vergangenheit falsch aufgesetzt worden. Er habe zu größter Unzufriedenheit bei allen Beteiligten geführt. Da es sich um ein Menschenrecht handele, habe nicht die Möglichkeit bestanden, schlicht und ergreifend die Reset-Taste zu drücken. Man habe vielmehr schauen müssen, wie man diesen Inklusionsweg auf der einen Seite sanft gehe – sanft in Bezug auf die Kinder und Jugendlichen, die im System seien – und auf der anderen Seite konsequent im Handeln, damit man auch deutliche Zeichen setze, dass man anders zugunsten der Schülerinnen und Schüler, aber auch in Bezug auf die Lehrerinnen und Lehrer unterwegs sei. Das tue man. Alle wüssten, dass es keine Lösungen über Nacht geben könne, weil die Bedarfe größer seien als momentan im System Lehrer vorhanden seien.

Man habe schon einige Maßnahmen im Bereich Inklusion auf den Weg gebracht. Man habe aber auch immer davon gesprochen, dass es noch weitere geben müssen, um diesen Prozess entsprechend zu begleiten. Mit der Erarbeitung dieser Maßnahmen beschäftige sich das Haus. Zu gegebener Zeit werde man dann auch weitere Maßnahmen vorstellen.

Staatssekretär Mathias Richter (Ministerium für Schule und Bildung) ergänzt, beim Thema „Digitalisierung“ sei gesagt worden, dass das nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit vorangetrieben werde. Das Stichwort LOGINEO sei gefallen. Darüber habe der Ausschuss schon mehrfach gesprochen. Er könne heute sagen, dass das Land LOGINEO NRW in der Ausführung, wie man es sich für die Schulen wünsche, ohne Mängel im technischen Bereich als Softwareprodukte abgenommen habe. Die Software sei einsatzfähig. Damit werde man so schnell wie möglich in einen Vortest gehen mit ausgewählten Schulen, damit man an der Stelle Erfahrungen sammle. Dann werde es mit Beginn des zweiten Schulhalbjahres einen Prozess geben, der LOGINEO NRW hoffentlich an den Schulen in Nordrhein-Westfalen ausrolle. Dann habe man eine sehr gute digitale Arbeitsplatzform, was die Unterstützung der Lehrkräfte anbetreffe, möglicherweise auch unter Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler, was im Übrigen auch eine Arbeitsplatzform sein könne, um an der Stelle im Rahmen der Nutzung dieser digitalen Arbeitsplattform auch mit personenbezogenen Daten in der Schule entsprechend umzugehen.

Beim Thema „Breitbandausbau“ habe er den Eindruck, dass er in den letzten Monaten sehr zügig vorankomme. Das sei zumindest die Information, die Kenntnis, die das Ministerium habe. Das werde über das Digitalisierungsministerium oder entsprechend über die Breitbandförderung vorangetrieben. Man sehe und höre auch, dass viele Kreise, Schulträger sich auch gemeinschaftlich auf den Weg machten und die Schulen nach und nach ans Breitband angeschlossen würden. Da habe man auch eine Förderrichtlinie auf den Weg gebracht. Der Breitbandanschluss komme in dem Bereich gut voran. Man werde das in kürzerer Zeit noch einmal an Zahlen festmachen können, weil dazu eine weitere kleine Studie in Auftrag gegeben worden sei.

Ansonsten gelte, dass die Digitalisierungsstrategie in Gänze formuliert werden müsse. Dazu gehöre eine Menge. Darüber sei auch an vielen Stellen gesprochen worden. Das werde auch entsprechend veröffentlicht. Hierzu brauche man – dazu finde in dieser Woche noch ein Gespräch statt – mit den Schulträgern, mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Verständigung, was die Ausstattung der Schulen betreffe, was die Frage der Finanzierung betreffe. Das ein gutes Miteinander, wo man auch zu Lösungen kommen werde.

Ganz wichtig sei – das finde in dieser Woche auch statt –, dass man Klarheit bekomme hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung des Digitalpakts Schule. Das sei ein wesentlicher Baustein in der Digitalisierungsstrategie, wenn es darum gehe, die letztendlich finanziell zu unterlegen. Er glaube, da sei man auf einem guten Weg.

Er glaube, dass die Bund-Länder-Vereinbarung zustande komme. Dafür brauche man noch eine Veränderung im Grundgesetz, um eine entsprechende Grundlage im Grundgesetz für diese Finanzierungshilfen zu haben, die letztendlich ein Investitionspaket für die Schulträger darstellen würden.

Zum Thema „Talentschulen“: Die Landesregierung würde sich freuen, wenn man sich diesem Schulversuch konstruktiv gegenüber öffne. Er glaube, dass er viele Chancen beinhalte. Man merke auch, dass dieser Schulversuch von den Schulträgern, aber auch von den Schulleitungen über alle Schulformen hinweg auf großes Interesse stoße. Das liege nicht nur daran, dass das mit zusätzlichen Ressourcen verbunden sei. Das liege auch daran – darauf dürfe man den Talentschulversuch auch nicht reduzieren –, dass im Rahmen dieses Talentschulversuchs viele weitere Schulen mit einbezogen werden sollten. Das gelte einmal für den Bereich der Grundschulen, die Übergänge zu organisieren. Das gelte aber auch mit Blick auf die Sekundarstufe I, darüber hinaus mit Blick auf die berufliche Bildung. Von daher erreiche man über die Talentschule mehr als nur diese 60 Schulen.

Darüber hinaus seien ganz spannende Elemente in diesem Talentschulversuch, wenn er sich etwa die Schwerpunktsetzungen im Bereich der sprachlichen Bildung, kulturellen Bildung anschau oder die MINT-Förderung oder mit Blick auf die Berufskollegs, wo im Übrigen nicht die ganzen Berufskollegs mit einem Bildungsgang einbezogen seien, sondern nur die Ausbildungsvorbereitung, die Berufsfachklassen, also diejenigen, die in besonderer Weise Unterstützung bräuchten, um hier eine duale Ausbildung in Angriff nehmen zu können. In diesem Talentschulversuch gebe es viele spannende Aspekte, auch die Frage, inwieweit spielten außerschulische Partner eine wichtige

Rolle, wenn sich in einem Stadtteil eine Schullandschaft entwickle, wo entsprechende Nachteile zum Ausgleich gebracht würden.

(Frank Müller [SPD]: Dazu braucht man keinen Schulversuch!)

– Dass zusätzliche Unterstützung für die Schulen notwendig sei unter verschiedenen Gesichtspunkten, stehe außer Frage. Aber die Wissenschaft, mit der auch darüber gesprochen werde, begrüße den Schulversuch außerordentlich. Dazu würden viele Arbeiten, auch Dissertationen, geschrieben werden können zu unterschiedlichen Aspekten dieses Schulversuches. Dass das alles nur ganz schlichte Erkenntnisse seien, dass man heute schon alles wisse, das glaube er nicht. Unter diesem Aspekt könne der Talentschulversuch auch für die Zukunft wegweisende Hinweise geben.

Im Übrigen sei es nicht so, dass man jetzt sechs Jahre abwarte und dann eine Bilanz ziehe und einen Strich darunter mache, sondern es sei eine fortlaufende wissenschaftliche Begleitung vom ersten Tag an. Sobald Erkenntnisse aus einem solchen Schulversuch gezogen werden könnten, sei es dann auch möglich, soweit es unter Ressourcen-Gesichtspunkten machbar sei, dies auf das Schulsystem insgesamt auszurollen. Das sei ausdrücklich erklärtes Ziel dieses Schulversuches.

Ein letzter Hinweis zum Thema „Talentschulen und Sozialindex“: Das sei überhaupt kein Gegensatz. Die Einführung des Sozialindex sei kein Gegensatz zum Talentschulversuch. Der Haushalt belege, dass man jetzt schon weitaus mehr Stellen nach einem Sozialindex verteile als zuvor im Einzelplan 05. Man könne beides tun. Man könne den Sozialindex stärker in Anspruch nehmen, was getan werde, und man könne den Schulversuch Talentschulen machen. Die Ministerin habe gesagt, mit Blick auf einen schulscharfen Sozialindex sei man auch im Haus unter Mitwirkung von QUA-LiS auf dem Weg, Modelle und Konzepte zu entwickeln, um die entsprechend dann in Anwendung zu bringen.

Der **Ausschuss stimmt** über die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge **ab**. Die Ergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus der Vorlage 17/1372.

Sodann **stimmt der Ausschuss** dem **Einzelplan 05** in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD **zu**.

2 Engpässe beseitigen – Land muss Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung des Programms „Gute Schule 2020“ einräumen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2163

Vorsitzende Kirstin Korte teilt mit, der Antrag sei vom Plenum am 22.03.2018 überwiesen worden. Der Schulausschuss sei mitberatend. Die Federführung liege beim Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, der seine Beratungen zu diesem Antrag am 23.11. abschließen werde. Der Schulausschuss habe am 09.05. das erste Mal beraten. Heute müsse der Ausschuss ein Votum beschließen.

Jochen Ott (SPD) bittet, den Antrag ohne Votum in den Kommunalausschuss weiterzuschieben.

Der **Ausschuss beschließt, kein Votum** zu dem Antrag **abzugeben**.

3 Fachkraftoffensive in NRW starten! Qualität in der frühkindlichen Bildung steigern!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2549

Ausschussprotokoll 17/367

Vorsitzende Kirstin Korte gibt an, der Antrag sei am 16.06. überwiesen worden. Der Schulausschuss sei mitberatend. Die Federführung habe der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Der federführende Ausschuss habe eine Anhörung durchgeführt. Der Schulausschuss habe sich nachrichtlich beteiligt. Das Ausschussprotokoll 17/367 liege vor. Heute gehe es um die abschließende Befassung und die Abgabe eines Votums.

Siegrid Beer (GRÜNE) führt aus, die Anhörung habe gezeigt, wie wichtig das Steuern sei. Man brauche mehr Ausbildung. Es gebe nicht nur im Kita-Bereich die Bedarfe, sondern auch im Rahmen der OGS. Das sei ein wesentlicher Punkt. Sie bitte, den Antrag zu unterstützen. In den Haushaltsberatungen des Wissenschaftsausschusses werde heute auch noch einmal die Frage der Lehrkapazitäten in diesem Bereich mit aufgerufen. Es gehöre dazu, dass auch an den Fachschulen weitere Ausbildung passieren könne. Sie bitte um Unterstützung. Sonst werde man bei Qualitätsverbesserungen nicht weiterkommen.

Alexander Brockmeier (FDP) bestätigt, dass dies ein wichtiges Thema sei, das habe die Anhörung auch gezeigt. Da gebe es große Probleme. Die Anhörung habe auch gezeigt, dass es nichts wesentlich Neues außerhalb der Vorschläge der AG der Jugend- und Familienministerkonferenz gebe. Es bestehe Einigkeit darüber, dass bei der Anerkennung des Quereinstiegs Handlungsbedarf bestehe, dass man da nachjustieren müsse. Ziel der Landesregierung sei es, den Personalschlüssel langfristig zu verbessern. Das Ganze hänge aber mit dem KiBiz zusammen. Es werde derweil auch im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie darüber diskutiert, dass Minister Stamp an einer Novelle des KiBiz arbeite. Ziel sei – so stehe es auch im Koalitionsvertrag – eine Qualitätssteigerung. Immanent sei die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Da würden Fragen gestellt, wie es beispielsweise sein könne, dass man Geld zur Ausbildung mitbringen müsse, wenn man diesen Beruf erlernen wolle. Auch werde der finanzielle Rahmen des KiBiz gerade erarbeitet. Der Antrag sei überflüssig, da nichts Neues herauskomme außer dem, was eh schon bekannt sei. An der Problematik werde gearbeitet.

Das Problem bestehe nicht erst seit gestern, sondern auch schon in den letzten sieben Jahren, in denen es Rot-Grün es nicht geschafft habe, überhaupt irgendetwas in diesem Bereich zu verbessern – weder bei der Personalausstattung noch bei der Qualität der Finanzierung. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Frank Müller (SPD) verweist auf die Sitzung am kommenden Tag des federführenden Ausschusses, da könne man die Argumentation noch einmal austauschen. Seine Fraktion stimme dem Antrag gerne zu, weil es nicht nur um Aspekte gehe, die ohnehin schon bekannt seien und weil alles angeblich schon wunderbar umgesetzt werde.

Er persönlich habe die Anhörung im Ergebnis als unbefriedigend empfunden, weil sich viele mit der wichtigen Frage der Qualität der Ausbildung auseinandergesetzt hätten. Um aber insbesondere Fachkräfte zu gewinnen, werde man sich nicht um die Frage drücken können, wie eine solche Ausbildung künftig vergütet werde. Das werde man aber nicht im KiBiz regeln. Das werde man für die Praxis integrierte Ausbildung im Zweifel regeln können, aber nicht für die schulische Ausbildung. Das werde man an anderer Stelle regeln müssen.

Der Sachverständige aus Berlin habe sich mit dem Kern dieses Themas auseinandergesetzt. Man könne die Qualität noch so schön machen, wenn der Beruf insgesamt nicht attraktiver werde – das habe auch mit der Bezahlung zu tun und der Frage, ob man noch abends in einer Tankstelle noch Spätschichten schieben müsse, damit man die Ausbildung finanzieren könne –, dann werde es wahrscheinlich auch nicht gelingen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Darüber werde man morgen im Ausschuss noch einmal diskutieren. Seine Fraktion halte den Antrag der Grünen nicht für überflüssig, sondern für wichtig. Deswegen werde seine Fraktion auch zustimmen.

Sigrid Beer (GRÜNE) betont, das müsse man präventiv anlegen. Es sei nicht damit geregelt, dass das KiBiz verabschiedet werde, was auch immer darin stehe, sondern die Bedarfe darüber hinaus für OGS und andere müssten jetzt angegangen werden. Man habe eben über Planungszeiten für Ausbildung gesprochen. Der Wortbeitrag sei nichtzielführend gewesen. Sie glaube, dass man in der Breite diese Maßnahme nicht bedenke. Jetzt werde noch auf das KiBiz fokussiert. Da sei dann die nächste große Problembaustelle, die man jetzt nicht angehen wolle. Das sei schade.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) legt dar, der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stelle an die Landesregierung verschiedene Forderungen zur Fachkräftesicherung in der frühkindlichen Bildung, so zum Beispiel die Forderung nach einer besseren Vergütung und einer Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Ein Teil der Forderungen des jetzt vorliegenden Antrags greife die seit Jahren geführte Diskussion um die berufliche Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher auf. Zu den Aspekten Ausbildungsqualität und Fachkräftebedarf hätten im Rahmen der Anhörung im vergangenen September die verschiedenen Experten Stellung bezogen. Die Forderungen seien allen bekannt. Es sei bekannt, dass sich die Landesregierung damit entsprechend befasse.

Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, die Erzieherausbildung zu überprüfen. Bisheriges Ergebnis des Prozesses sei die klare Zielsetzung, den notwendigen Bedarf an Fachkräften zu erfüllen, ohne jedoch das Ausbildungsniveau entsprechend abzusenken. Diese Position werde auch im Rahmen der Anhörung von vielen Expertinnen und Experten geteilt. Es habe in der Vergangenheit Länder gegeben, die diese Absenkung im Rahmen der Erstausbildung angestrebt hätten, nämlich Berlin und Sachsen-Anhalt.

Sie seien in der Planungsphase bzw. hätten nach dem ersten Durchlaufen davon wieder Abstand genommen. Das zeige auch, dass man mit der Entscheidung, das Ausbildungsniveau beizubehalten, weiterhin richtig liege.

Es gehe auch um den großen Bereich der Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik und im entsprechenden Bildungsgang des beruflichen Gymnasiums. Diese seien in den vergangenen Jahren immer weiter erhöht worden. 24.400 junge Menschen befänden sich in einer Ausbildung oder in einer entsprechenden Umschulung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher. Das sei die höchste Schülerzahl der letzten 15 Jahre. Damit seien jetzt die Kapazitätsgrenzen der Berufskollegs nahezu ausgeschöpft. Deswegen müsse man hier neue Wege gehen.

Der weitere notwendige Ausbau werde nur möglich sein, wenn man auch in die Lehrerbildung entsprechend investiere. Auch daran arbeite die Landesregierung. Man befinde sich momentan in sehr intensiven Gesprächen mit dem Wissenschaftsministerium und den Hochschulen, um entsprechend die Kapazitäten an die Bedarfe, die alle erkennen würden, anzupassen. Sie hoffe im Sinne aller Beteiligten, dass man zeitnah diese Verhandlungen, diese Gespräche zu einem guten Abschluss bringen werde.

Da aber bekannt sei, dass der Ausbau der Ausbildungskapazitäten allein nicht reichen werde zur Deckung des Fachkräftebedarfs, sei ein Maßnahmenbündel entwickelt worden. In diesem Zusammenhang seien erste Umsetzungsschritte eingeleitet worden. Beispielsweise solle die Attraktivität der Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher durch die Stärkung der praxisintegrierten Ausbildung gesteigert werden. Die dafür notwendige anzupassende Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Bildungsgänge der Berufskollegs, also APO-BK, sei bereits erarbeitet. Die Vorlage zur Befassung im Ausschuss werde auch aktuell vorbereitet, sodass sie in den kommenden Wochen dem Ausschuss auch zugehen werde.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD **ab**.

4 Die Landesregierung muss die Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3011

Vorsitzende Kirstin Korte merkt an, die plenare Überweisung des Antrags sei am 11.07.2018 erfolgt. Der Schulausschuss sei mitberatend. Die Federführung liege beim Integrationsausschuss. Der Ausschuss befasse sich heute erstmalig und letztmalig mit dem Antrag. Aus dem federführenden Ausschuss liege das Signal vor, hierzu keine Anhörung durchführen zu wollen. Sie frage, ob der Ausschuss ein Votum abgeben wolle.

In der Sitzung des Integrationsausschusses am 31.10. sei eine gemeinsame Anhörung mit dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Antrag von CDU und FDP „Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln“ Drucksache 17/3805 beschlossen worden. Das hieße, der Ausschuss wäre an dieser Anhörung nicht beteiligt. Deswegen stelle sich die Frage, wie sich der Schulausschuss zu dem jetzt vorliegenden Antrag verhalten wolle.

Jochen Ott (SPD) meint, in der Anhörung gehe es um dasselbe Themenfeld. Von daher würde er sagen, dass sich der Schulausschuss nachrichtlich beteilige und erst danach über den Antrag abstimme.

Vorsitzende Kirstin Korte meint, mit dem zweiten Antrag, der in eine Anhörung münde, sei der Schulausschuss nicht befasst. Dennoch könne man natürlich sagen, man wolle sich nachrichtlich beteiligen.

Jochen Ott (SPD) meint, der inhaltliche Zusammenhang sei offensichtlich. Das sollte doch zusammengedacht werden. Er bitte, den Antrag der SPD dann später noch einmal aufzurufen.

Heike Wermer (CDU) merkt an, im Integrationsausschuss sei man so verfahren, dass die beiden Anträge einmal von der SPD und einmal von CDU und FDP zusammen in einer Anhörung gehört werden sollten. Das sei etwas unklar, weil der AGS letzte Woche unverhoffterweise habe abgebrochen werden müssen. Sie rege an, dass man jetzt vielleicht warte, was der AGS beschließen werde, und dann im Schulausschuss das Verfahren bespreche.

Sigrid Beer (GRÜNE) schlägt vor, im Rahmen der Selbstbefassung den Antrag von CDU und FDP einfach mit aufzunehmen und sich nachrichtlich an der beschlossenen Anhörung zu beteiligen. Dann könne man zu beiden Anträgen gemeinsam beraten. Vielleicht werde es zu einem gemeinsamen Antrag kommen. Es könnte ja sein, dass

das zusammengeführt werde. Dann habe man beides auf dem Tisch und formal könne sich der Schulausschuss beteiligen.

Vorsitzende Kirstin Korte hält fest, Kernpunkt sei die nachrichtliche Beteiligung an der Anhörung. Ob man das hinterher als Selbstbefassung oder anders deklariere, bleibe abzuwarten. Der Ausschuss werde die Anträge nach der Anhörung auf die Tagesordnung nehmen.

5 Die berufliche Bildung fit für die Zukunft machen – Berufskollegs regional weiterentwickeln

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3806

Vorsitzende Kirstin Korte teilt mit, die plenare Überweisung des Antrags sei am 10. Oktober erfolgt. Die Federführung liege beim Ausschuss für Schule und Bildung. Die Mitberatung liege beim Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Heute finde die erste Befassung mit dem Antrag statt.

Petra Vogt (CDU) führt aus, CDU und FDP hätten bereits in den vergangenen Jahren sehr intensive Gespräche mit den Beteiligten an dem Modellprojekt Regionales Berufsbildungszentrum Dortmund geführt. Dabei habe es auch immer wieder sehr wichtige Hinweise gegeben für die Weiterentwicklung der Berufskollegs in NRW, gerade auch im Hinblick auf ganz essenzielle Fragen, die sich einfach stellten durch auf der einen Seite einen großen Lehrermangel und auf der anderen Seite ein Wegbrechen in Teilen des Landes von Auszubildenden in bestimmten Berufszweigen, was eine Aufrechterhaltung eines entsprechenden Berufsschulangebotes zumindest teilweise deutlich erschwere.

Die NRW-Koalition lege ganz großen Wert auf die duale Berufsausbildung, weil man sie für einen wesentlichen Erfolgsgaranten der Wirtschaft und damit auch des gesamten Wohlstandes halte. Deswegen sei man daran interessiert, dass man diese Prozesse optimieren könne und in der Lage sei, dann auch tatsächlich ein abgestimmtes Bildungsangebot in der Region vorzuhalten, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, bestmöglich im dualen System ausgebildet zu werden. Das halte man für dringend geboten, damit man auch dort die Zukunftsfähigkeit erhalten könne.

Man habe jetzt über einen relativ langen Zeitraum hinweg wirklich gut dokumentierte Daten bekommen, wie eine Zusammenarbeit stattfinden könne. Ausfluss des Ganzen sei der vorliegende Antrag. Es handele sich um ein Angebot an die Berufsschullandschaft. Sie habe in den vergangenen Wochen nach Einbringung des Antrags auch schon viele Gespräche führen dürfen, bei denen Kommunen gesagt hätten, sie fänden das extrem interessant und würden das auch gerne machen. Das Interesse daran sei also groß, und sie freue sich über diese positiven Rückmeldungen.

Sie werbe um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Sigrid Beer (GRÜNE) findet das Ansinnen grundsätzlich begrüßenswert. Ihre Fraktion werde dem Antrag auch zustimmen. Allerdings stehe in dem Antrag eigentlich herzlich wenig drin.

Sie habe ja schon davon erfahren, dass sich die Schulträger bewerben wollten, als der Antrag noch gar nicht im Land gewesen sei. Im Ministerium sei das aber auch schon

vorbereitet worden. Sie bitte vor dem Hintergrund um mehr Transparenz und Informationen über das Handeln des Ministeriums. Den Antrag hätte es ja dann gar nicht gebraucht.

Der Bericht, den sie angefordert habe, weil der Antrag wenig Inhalt habe, habe auch nicht viel an weiteren Informationen geliefert.

Sie bitte das Ministerium, ergänzend zu erläutern, mit welchen Ressourcen und wie das ausgestattet werden solle. Denn im Antrag stehe, es solle geprüft werden, wie die vorhandenen Ressourcen effizienter und effektiver bereitgestellt werden könnten.

Sie verweise auf die Erfahrungen aus dem gemeinsamen Prozess der BKs in Brakel/Höxter/Warburg. Die Anstrengungen der vorherigen Landesregierung – auch über die Steuerungsstellen Bezirksregierungen – seien ja leider nicht so angekommen, wie man sich das eigentlich gedacht habe.

Dann habe sie die Frage, wie man auch bundesländerübergreifend arbeiten könne. Der Wirtschaftsraum stimme ja unter Umständen nicht mit den Schuleinzugsbezirken überein.

Im Bericht werde auch hingewiesen auf die Regionale Berufskollegentwicklung im IBB OWL. Sie interessiere, welche Erkenntnisse da genutzt werden könnten.

Sie wolle gerne wissen, unter welchen Bedingungen sich Berufskollegs bewerben könnten und was ihnen in Aussicht gestellt sei.

Gabriele Hammelrath (SPD) schließt sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin an.

Nach den Modellversuchen sollte es für die Berufskollegs und die Berufsschulen jetzt zügig klare Regelungen geben.

Die Zielrichtung sei mit Sicherheit richtig. Sie freue sich auch über das Lob hinsichtlich der Modellvorhaben, die in rot-grüner Regierungszeit angestoßen worden seien.

Helmut Seifen (AfD) betont die Bedeutung der Berufskollegs und unterstützt den vorliegenden Antrag.

Dieser Antrag sei für ihn aber auch Anlass, darauf hinzuweisen, dass man die jungen Leute, die von den Regelschulen zu den Berufskollegs kämen, so fit machen müsse in den Kulturtechniken, dass die Berufskollegs noch effektiver arbeiten könnten als sie es jetzt schon täten. Denn man höre schon noch Klagen aus den Kollegien der Berufskollegs, dass an der Stelle mehr getan werden müsste. Er wünsche sich von allen Fraktionen Anträge zur Verbesserung der Unterrichtssituation an den Regelschulen der Sekundarstufe I oder an den Förderschulen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Antrag einstimmig zu.

6 Digitalisierung im Bildungsprozess konstruktiv und bildungsfördernd gestalten – gegen den Missbrauch der schulischen Digitalisierung als „trojanisches Pferd“ für die Durchsetzung wirtschaftlicher und ideologischer Interessen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3802 – Neudruck

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

7 Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimatländer vorbereiten – Einführung eines Programms „Fit4Return / Heimat mit Zukunft – Vom Geflüchteten zum Aufbauhelfer“

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3021 – Neudruck

Vorsitzende Kirstin Korte gibt folgende Hinweise: Die plenare Überweisung des Antrages sei am 11. Juli erfolgt. Der Ausschuss für Schule und Bildung sei mitberatend. Die Federführung liege beim Integrationsausschuss. Dieser plane, hierzu eine Anhörung durchzuführen.

Der **Ausschuss** beschließt, sich nachrichtlich an der geplanten Anhörung im federführenden Integrationsausschuss zu beteiligen.

8 Modellprojekt Regionale Bildungszentren

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1311

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) bittet darum, die ergänzenden Berichtswünsche zu konkretisieren und schriftlich zu übermitteln, und sagt zu, dass die Fragen dann auch in einem Bericht beantwortet würden.

Die Beratung wird auf die nächste Sitzung verschoben, um den vom Ministerium zugesagten ergänzenden Bericht mit berücksichtigen zu können.

9 Elternfinanzierung von Ersatzschulen

Bericht der Landesregierung

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) berichtet:

Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den folgenden Ausführungen möchte ich der Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um einen mündlichen Bericht zum Thema „Elternfinanzierung von Ersatzschulen“ nachkommen.

Rechtlich wie auch inhaltlich gilt folgende Grundlage: Kein Kind soll und darf durch verpflichtende Elternbeiträge vom Besuch einer Schule ausgeschlossen werden.

Die Bezirksregierungen gehen daher selbstverständlich als zuständige Schulaufsichtsbehörden jedem Verdacht einer unzulässigen Schulgelderhebung nach.

In diesem Frühjahr wurde dem Ausschuss bereits ein schriftlicher Bericht zu Verdachtsfällen unzulässiger Schulgelderhebungen in den Jahren 2000 bis 2017 zugeleitet. Auch die diesbezüglichen umfangreichen Recherchen in diesem Zusammenhang haben alle noch einmal für diese Thematik sensibilisiert.

Sanktionen können jedoch nur dann greifen, wenn tatsächlich ein Rechtsverstoß vorliegt und die Behörde einem Schulträger dies auch konkret nachweisen kann.

In den meisten Fällen bestätigt sich der Anfangsverdacht bei einer genaueren Überprüfung jedoch nicht. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass die zugänglichen Erkenntnisquellen in der Regel keine Anhaltspunkte oder gar stichhaltige Beweise für Verstöße gegen das Sonderungsverbot ergeben. Zum anderen können die Behörden aufgrund der verfassungsrechtlich garantierten Privatschulfreiheit keinen uneingeschränkten Zugriff auf sämtliche Geschäftsunterlagen und Daten des Ersatzschulträgers verlangen.

Vor allem aber ist nicht jede Zahlung von Eltern an einen Schulträger oder an einen Förderverein auch als Schulgeld im Rechtssinne, also als Gegenleistung für den Schulbesuch, zu werten. Meist handelt es sich um Entgelte für fakultative Zusatzangebote des Schulträgers oder aber um Zuwendungen, die aufgrund einer freiwilligen Selbstverpflichtung an einen Förderverein oder an den Schulträger zur Aufbringung der ihm obliegenden Eigenleistung gezahlt werden.

Die Unterscheidung zwischen diesen Zuwendungen und Schulgeld ist insofern von großer praktischer Bedeutung, weil die freiwillig gezahlten Beiträge zur Aufbringung der Eigenleistung nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung gerade nicht dem Sonderungsverbot unterliegen. Über die Verwendung freiwillig geleisteter Zuwendungen entscheidet allein der Zuwendungsgeber im Binnenverhältnis zum Schulträger. Dies ist daher aufgrund der Privatschulfreiheit jeglicher Einflussnahme der Schulaufsicht entzogen.

In § 105 Abs. 6 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ist festgelegt, dass die Schulträger die Landeszuschüsse zur Aufbringung der Eigenleistung durch eigene Mittel oder Einnahmen zu ergänzen haben. Das bedeutet: Soweit Eltern etwa zusammengefasst in einem Verein eine Schule gründen und tragen, müssen

sie bereit sein aufgrund ihrer Eigenschaft als Teil des Schulträgers, auch Beiträge zu dessen Eigenleistung zu erbringen. Mancher mag dies vielleicht als eine unbefriedigende Grauzone empfinden, ja. Dennoch ist es verfassungsrechtlich legitim, wenn Ersatzschulträger bei Eltern oder sogenannten Freundeskreisen oder Fördervereinen um Zuwendungen zur Aufbringung der Eigenleistung werben.

Die Bezirksregierungen gehen jedem Verdachtsfall einer unzulässigen Schulgeldforderung an Ersatzschulen mit ganz besonderem Augenmerk nach. Sie haben diese Thematik auch im Rahmen der Prüfungen der Jahresrechnungen der Ersatzschulträger verstärkt im Blick, und ich meine, dass diese Herangehensweise auch unser aller Zustimmung finden sollte.

Sigrid Beer (GRÜNE) spricht einen Fall an, der in der Öffentlichkeit besonderes Aufsehen erregt habe. Dazu habe sie die Nachfrage, ob die Bezirksregierung in Düsseldorf inzwischen die Prüfprozesse abgeschlossen habe.

In der Presse seien Beträge in Höhe von 15.000 bis 20.000 Euro genannt worden. Das habe dann nichts mehr mit einem gängigen Fördervereinsbetrag zu tun. Die rechtlich besonders pikante Frage sei ja, ob man sich dadurch einen Schulplatz verschaffe und das die *Conditio sine qua non* sei, um einen Platz an der Schule zu bekommen. Die Frage sei, ob andere Plätze dann sozial offen vergeben würden.

Sie habe Verständnis für all die Kinder gerade von Eltern, die aufgrund ihres Berufs auch viel international unterwegs seien. Das sei überhaupt keine Frage. Aber es gehe darum, ob es sich um einen exklusiven Schulort handele, der finanziell entsprechend gestaltet sei, und wie es in der Konsequenz dann mit der öffentlichen Finanzierung aussehe.

Die Schulaufsicht, das heiße, die Bezirksregierung, müsse zur Prüfung der Unterlagen uneingeschränkten Zugang haben. Das könne ja nicht sein, dass solche Verhältnisse verschleiert würden. Deswegen sei da auch noch einmal nachzufragen, ob der Schulträger das auch sichergestellt habe und die Bezirksregierung in der notwendigen Tiefe habe prüfen können.

Ministerin Yvonne Gebauer (MSB) legt dar, es gehe nicht um Verschleierung, aber es gehe natürlich auch um das Einhalten von rechtlichen Vorgaben.

Zu dem konkreten Fall, den Frau Beer anspreche, nämlich die Internationale Schule in Düsseldorf, wolle sie gerne Herrn Dr. Schrapper das Wort geben, weil er im engen Austausch auch mit der Bezirksregierung stehe.

MDgt Dr. Ludger Schrapper (MSB) gibt Auskunft, der Prüfungsprozess sei nicht abgeschlossen, aber er sei weit fortgeschritten. Die Beteiligten seien in intensiven Gesprächen.

Er habe keine Erkenntnisse, dass sich der Schulträger bei diesen Prüfungen unkooperativ verhalte.

Sigrid Beer (GRÜNE) fragt nach, ob es denn Erkenntnisse gebe, wann der Prüfprozess abgeschlossen sein werde, und ob, wenn zu Unrecht Gelder aus öffentlicher Hand vereinnahmt worden seien, die dann zurückzuzahlen seien. Das würde dann eine Summe von 12 Millionen Euro ausmachen. Sie wolle gerne wissen, ob diese Presseberichte bestätigt werden könnten.

MDgt Dr. Ludger Schrapper (MSB) antwortet, der Prüfungsprozess werde nicht mehr ganz so lange dauern, sei aber komplex, weil drei Jahresrechnungen zu prüfen seien, um dann auch definitiv über Beträge sprechen zu können. Die in der Presse genannten 12 Millionen Euro könne er nicht bestätigen. Die Situation sei ein bisschen subtiler als es in der Presse dargestellt werde. Er könne bestätigen, dass die Prüfung im Fall der International School Düsseldorf darauf hinauslaufe, festzustellen, ob staatliche Zuschüsse zurückzuzahlen seien.

10 Verschiedenes

Beschluss über die Durchführung einer Ausschussreise

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, im Zeitraum vom 3. bis 7. Juni 2019 eine Delegationsreise nach Vancouver in British Columbia in Kanada durchzuführen. Als Themen sind vorgesehen: Integration von Einwanderern und Flüchtlingen, Inklusion an Schulen, Digitalisierung an Schulen, Lehrerausbildung und -fortbildung zu den genannten Themen.

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

22.01.2019/28.01.2019

83